

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseker, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends, Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Das Gebot der Stunde!

Das Schmerzenskind der deutschen Wirtschaft ist zurzeit die in diesem Umfang noch nie erlebte große Arbeitslosigkeit und damit die schwer belastete Arbeitslosenversicherung. Allerlei Pläne tauchen auf, um die Arbeitslosenversicherung zu „sanieren“. Aber die Beauftragten der sogenannten Wirtschaftsführer möchten den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Bereits in unserer vorigen Nummer konnten wir berichten, auf welche Weise das Reichsfinanzministerium diese „Sanierung“ betreiben wollte. Es gedachte das Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/31 durch eine Verkuppelung dieses Versicherungszweiges mit der Invaliden- und Angestelltenversicherung auszugleichen. Diese beiden Zweige der Sozialversicherung sollten der bedrängten Arbeitslosenversicherung beibringen. Das sieht auf den ersten Blick gar nicht so schlecht aus, jedoch bei näherer Untersuchung stellt sich sehr bald heraus, daß dieses Experiment nicht mehr und nicht weniger bedeuten würde als die Zertrümmerung der ganzen Sozialgesetzgebung, mit dem Zusatz, daß dann auch der Bauplatz, der von diesen Versicherungsträgern Zuschüsse erwartet, noch mehr ausgehöhlt und die Arbeitskrise in Deutschland zur Dauererscheinung erhoben würde. Zudem versichern Autoritäten der Sozialstatistik, daß vom Jahre 1937 an die Invalidenversicherung vor solche große Anforderungen gestellt werden wird, daß sie dann vollauf zu tun hat, um sich aus eigener Kraft halten zu können. Auch die Angestelltenversicherung würde dann unter diesen Umständen ins Wackeln geraten. Einmütig haben alle Gewerkschaftsrichtungen Deutschlands gegen diesen Plan protestiert. Er ist ins Wasser gefallen.

Man vergesse nicht, daß sich der neue Reichsfinanzminister vor nicht allzu langer Zeit, auf der Tagung des Reichsverbandes der Industrie, unter starkem Beifall zur kapitalistischen Ordnung bekannt hat. Das bedeutet, daß Herz und Sinn dieses Ministers bei den Kapitalisten weilen. Und wenn es ihm gelänge, den überaus wackligen Reichssekret auf Kosten der Sozialversicherung und der breiten Masse des Volkes wieder in Ordnung zu bringen, so wäre damit ein Lieblingsplan dieses Ministers erfüllt. Das ist das Kernstück seiner Reformideen. Deshalb ist demokratisches Mißtrauen diesem Mann gegenüber eine der ersten Bürgerpflichten. Aus diesem Gesichtspunkt heraus muß auch der obengenannte, ins Wasser gefallene Plan beurteilt werden.

Mißtrauen ist nötig. Man hört nämlich schon wieder so allerlei munkeln. Man hört von einem neuen Vorschlag aus der Kasse des Reichsfinanzministeriums. Das Reich hat nämlich Vorzugsaktien der Reichsbahn in Höhe von 700 Mill. Mark in seinem Besitz. Von diesen Aktien möchte das Reich einen Teil abstoßen, um den Reichssäckel etwas aufzufüllen und das Defizit der Arbeitslosenversicherung auszugleichen. Die Aktien sollen der Invaliden- und Angestelltenversicherung zugeleitet und damit das Reich deren Schuldner werden. Das hört sich leidlich nett an. Damit würden diese Anteile des Reiches nicht dem Privatkapitalismus ausgeliefert und das Reich käme über den dringendsten Schlamassel hinweg. Jedoch bei näherer Betrachtung halten wir auch diesen Weg für gefährlich. Auch dann erlitt die Ankurbelung der Bauwirtschaft schweren Nachteil. Wir vertreten den Standpunkt, daß nicht der Arbeitslosenunterstützung, sondern der Arbeitsbeschaffung das Primatrecht zustehen muß. Trotz gelinden Wetters sind zurzeit rund 60 Proz. aller deutschen Bauarbeiter arbeitslos. In den für die Bauoffenherzeugung in Be-

tracht kommenden Industriezweigen sieht es ähnlich aus. Entzieht man der Bauwirtschaft den geringen Boden, in dem sie noch einigermaßen wurzeln könnte — man denke auch an die Umschulungsaktion der Städte —, dann ist sicher damit zu rechnen, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und in der Baustoffindustrie noch mehr anschwillt und sich sogar in den kommenden Sommermonaten nicht erheblich verringern wird.

Ist man denn in Regierungskreisen den dadurch drohenden Gefahren gegenüber gänzlich blind? Will jemand annehmen, daß angesichts einer solchen jämmerlichen wirtschaftlichen Zukunft das ganze Staatsgefüge nicht ins Wanken gerät? Glaubt man, mit allerhand elenden Quacksalbereien die Krankheit heilen zu können? Glaubt man, die Langmut der Arbeiterschaft sei unerschöpflich, obwohl bei Millionen Menschen täglich der Hunger zu Gast sitzt? Glaubt man, es genüge, den Arbeitslosen ein kümmerliches Stück Brot zu reichen, aber keine Arbeit?

Hier hilft kein Mundspitzen, hier muß gepiffen werden! Elendes Flickwerk, planloses Umherirren nach einem Ausweg, ohne dabei manchen hochmögenden Volksgenossen auf die Fühneraugen zu treten, kann hier nicht helfen. Die Arbeiterschaft ist nach wie vor bereit, für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Erhöhung der Beiträge Opfer zu bringen. Man muß aber noch weiter gehen. Bisher sind alle Beschäftigten mit einem Einkommen von über 8000 M jährlich von der Beitragszahlung zur Arbeitslosenversicherung befreit. Demnach brauchen die fragfähigsten Schultern der im Beamten- und Angestelltenverhältnis stehenden zur Steuerung der Not der Arbeitslosen nicht beizutragen. Hier erwächst eine moralische Pflicht allerersten Ranges! Auch jene, die so glücklich sind, über 8000 M jährliches Arbeitseinkommen zu beziehen, müssen dieser moralischen Pflicht genügen und

Beiträge in die Arbeitslosenversicherung zahlen. Und wenn keine politische Möglichkeit zur Durchführung dieser Pflicht vorliegt, wenn dies im Reichstage abgelehnt wird, wenn die Volksgenossen mit dicken Einkommen und dito Väuchen ihren nosleidenden und hungernden Volksgenossen nicht beibringen wollen, dann ergibt sich für das Reichsfinanzministerium die unbedingte moralische Verpflichtung, für die Arbeitslosenversicherung die etwa nach einer Beitragserhöhung noch nötigen Zuschüsse zu leisten. Auf beide Arten muß geholfen werden!

Die Arbeitslosenversicherung dient der Erhaltung der Arbeitskraft. Erstes Erfordernis jedoch ist die Arbeitsbeschaffung. Schuld an dieser gewaltigen Krise haben nicht die Arbeiter, sondern die sogenannten Wirtschaftsführer. Durch fehlgeleitete Kapitalanlagen, durch Ueberforderung der Rationalisierung haben sie ein gewaltiges Arbeitsheer der Straße überantwortet. Es kommt hinzu die völlig verkehrte Finanzpolitik einflussreicher Reichsstellen. Heute stehen wir vor der gebieterischen Verpflichtung, den Arbeitslosen zu helfen! Dies geschieht durch Zahlung von Arbeitslosenunterstützung, muß jedoch möglichst schnell ausmünden in der Freimachung von Mitteln zur Ankurbelung der Konjunktur, vor allem auf dem Bauplatz! Die Arbeitslosenversicherung muß auf feste Füße gestellt werden. Und das Reich, die Länder und Gemeinden brauchen langfristige Anleihen, um große notwendige Aufträge vergeben zu können. Eine radikale Aenderung der Anleihepolitik des Herrn Schacht ist das erste, die Erschließung aller möglichen inländischen Geldquellen das zweite Erfordernis! Alles muß getan werden, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und in erster Linie den Wohnungsbau zu beleben, weil er Millionen Menschen Brot bietet. Das ist das Gebot der Stunde!

Wohin die wirtschaftliche Entwicklung drängt . . .

Außer Frankreich sind alle Industriestaaten von einer beispiellosen Arbeitslosigkeit heimgesucht. In den Vereinigten Staaten wird die Zahl der Unbeschäftigten auf vier Millionen geschätzt, in Deutschland auf 3 Millionen, in England auf 2 Millionen, in Oesterreich, Polen, Australien, Dänemark, der Tschechoslowakei, in Japan, Schweden schwankt der Satz zwischen 8 und 25 %, während er in Belgien erst 5 % beträgt. Dieser Zustand bedeutet eine ungeheure Schädigung der Volkswirtschaft. Nimmt man den Produktionswert einer Arbeitsstunde mit nur 1 Mark an, so erleidet beispielsweise Deutschlands Wirtschaft durch seine jetzige Arbeitslosigkeit einen Verlust von 600 Millionen Mark im Monat. Mit diesem gewaltigen Verlust hat es jedoch noch lange nicht sein Bewenden. Die zum Nichtstun gezwungenen Leute sind geschulte, arbeitsfertige Menschen, die ein Kapital in Milliardenhöhe darstellen. Dieses Kapital liegt ungenutzt, trägt keine Zinsen und entwertet sich.

Aber die Arbeitslosen schaffen nicht nur keine Werte, sie verzehren noch Werte. Die Erwerbslosen müssen irgendwie, sei es durch staatliche Unterstützung, öffentliche Wohlfahrt oder durch Almosen, wenn auch kümmerlich, genährt werden. Sie speisen mit am Tische der Nation, ohne ihn decken helfen zu können. Was sie verbrauchen, wird von dem Arbeitsertrag des noch beschäftigten Volksteiles genommen. Das heißt auf die kürzeste Formel gebracht: Die erwerbslosen Arbeiter müssen von ihren erwerbstätigen Kameraden mit durchgeschleppt werden.

Aber es bleibt nicht allein beim wirtschaftlichen Schaden! Gleich beklagenswert ist die Verwüstung seelischer Werte. Dieser Schaden läßt sich freilich nicht in Geldzahlen ausdrücken, wenngleich ihn die Volkswirtschaft mit Geld und die kapitalistische Gesellschaft mit etwas andern

auf Heller und Pfennig wird bezahlen müssen. Die ganze Größe des seelischen Unheils, das die Arbeitslosigkeit anrichtet, kann nur der ermessen, der selbst einmal durch die Leere der Brotschale oder durch hungernde Kinder auf die Suche nach Beschäftigung getrieben worden ist. Eine kurze Zeit läßt sich das Nichtstun schließlich ertragen. Der Erwerbslose ist noch des Glaubens, daß er, der was kann und schaffenslustig ist, bald irgendwo wieder unterkommt. Wenn er aber tagelang, wochenlang vergeblich nach Arbeit gesucht hat und ihm Abend für Abend daheim von verstorbenen und verzweifelnden Augen die selbe Schicksalsfrage gestellt wird, die er immer wieder nicht mit „Ja“ beantworten kann — dann beschleicht ihn das unsagbar niederdrückende Gefühl, zu nichts mehr nütze zu sein. Er kriegt es mit der Hoffnungslosigkeit, mit der Verzweiflung zu tun. Allgemach nimmt er die Gefühl- und Denkart einer neuen Umgebung, seiner Leidensgenossen an. Mit ihnen ist er durch die Gleichartigkeit des Loses, den Gleichklang der Mißstimmung verknüpft. Er kommt wie sie zu der festen Meinung, daß eine Gesellschaft, die fleißigen Menschen noch nicht einmal Arbeitsgelegenheit und Brot zu bieten vermag, keine Daseinsberechtigung hat. Und was die millionenköpfige Erwerbslosenmasse denkt, meint und leidet, pflanzt sich in den Betrieben und Arbeiterquartieren fort.

Was durch solche unbeschäftigten, mißgestimmten, verzweifelnden Menschenhaufen entstehen kann, hat jene Kapitalistenklasse am ehesten begriffen, die mit kapitalistischem Pferdedersand versehen ist, die amerikanische. Seit einem Vierteljahr bemühen sich die Führer der amerikanischen Industrie- und Finanzwelt, die „Prosperität zu konservieren“, das heißt zunächst die Millionen unbeschäftigter Arbeiter von der Straße weg in die Betriebe zu bringen. Sie werden dazu getrieben durch die Er-

innerung an die Krise vor einem knappen Jahrzehnt, als sich das „Rote Fieber“ in den Industrievierteln anzukündigen begann.

Am tiefsten jedoch wird die Seele der jugendlichen Arbeiter, Frauen und Kinder von der Arbeitslosigkeit durchschüttelt. Ihnen bleibt die lange Hungerkur zeitweilig gegenwärtig. Das üble Ergebnis bestimmt sie, die Konsequenzen zu ziehen: Welchen Zweck hat dieses Leben überhaupt? Warum Kinder in die Welt setzen, wenn sie später keine Beschäftigung, keinen Lebensunterhalt finden! Was nicht geboren ist, kann nicht überflüssig werden. Die Auswirkung dieser Erwägung läßt sich an der Geburtenrate der westeuropäischen Staaten ablesen. Fast bei allen ist sie im Sinken begriffen. Allerwärts haben die Kinder einer Familie zusammen immer weniger Kinder, als ihre Eltern allein hatten. Wir sehen darin allerdings keinen Schaden für die Arbeiterbewegung, wir fügen diese Tatsache nur der Vollständigkeit wegen hier an.

Die dauernd starke Arbeitslosigkeit wächst sich aus zu einer starken Gefahr für die kapitalistische Gesellschaft, die staatliche Finanz und Ordnung, schließlich auch für die Erhaltung der Rasse. Dies müßte eigentlich die besitzende Klasse und ihre Regierungen schon um ihrer selbst willen veranlassen, das möglichste zu tun, um die große Drangsal der Arbeitslosigkeit einzudämmen. Doch von dergleichen ist, abgesehen von Nordamerika und England, nirgends etwas zu spüren; wir sehen das Gegenteil. Als Beweis hierfür anstatt vieler Beispiele nur eins: In Deutschland, wo die Wohnungsnot zum Himmel schreit, müßte der Wohnungsbau belebt werden, müßten damit Hunderttausende in nützliche Beschäftigung gebracht werden. Statt dessen wird der von außen nötige Kapitalzufluß unterbunden und dadurch die Bauwirtschaft abgedrosselt. Und die Unternehmer schreien nach Verlängerung der Arbeitszeit!

Nun ist es heute freilich viel weniger als sonst möglich, etwas Durchgreifendes gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen; man dürfte sich schon glücklich schätzen, wenn eine vorübergehende Linderung gelingt. Denn aus derselben Quelle, woraus das große Uebel spritzt, quillt die Lebensmöglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Diesen Lebensquell zu verstopfen kann man von der Kapitalistenklasse nicht erwarten. Für sie hieße es, sich selbst aufgeben, wollte sie die Ursachen der Arbeitslosigkeit selbst entfernen. Sie will das daher nicht und sie kann es auch nicht.

In der Kriegszeit wurden die einstigen Absatzgebiete der europäischen Industrie durch den Warenmangel gezwungen, sich gleichfalls Fabriken zu bauen. Nun sind die Käufer von einst mit ihren früheren Lieferanten in scharfem Wettbewerb. Um in dem heftigen Wettlauf um den Kunden vorn zu bleiben, müssen die Waren möglichst billig angeboten werden. Diese Notwendigkeit treibt jeden Fabrikanten, jedes Gewerbe, jedes Land an, die Produktion zu verbilligen. Das heißt zunächst dadurch, daß sie die „teure“ menschliche Arbeitskraft durch Maschinen und bessere Arbeitsweisen ersetzen. Und diese Rationalisierung ist noch keineswegs abgeschlossen. Immer wieder verbannen neue Erfindungen weitere Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt. Und zwar auf allen Gebieten. Hierfür ein Beispiel aus den letzten Wochen: Die amerikanischen Zeitungen enthielten einen Aufruf des Musikerverbandes, worin das Publikum inständig gebeten wird, nicht mehr Lokale mit Maschinenmusik zu besuchen, es seien schon Zehntausende Musiker (und Artisten) arbeitslos; der Sprechfilm und die „Konserven-Musik“ bedeuten den Tod des Musikers und seiner Kunst.

Die Klagen werden nichts nützen. Das Unternehmertum, die Besitzer der Produktionsmittel, müssen eben weiter rationalisieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Es werden immer mehr Arbeiter gefeuert als geheuert, damit das kapitalistische System blüht und gedeiht. In der Tat steigt allerwärts trotz sinkender Arbeiterzahl die Produktionsmenge. Während es mit der Warenerzeugung bergauf geht, geht es den Erzeugern, den Arbeitern, immer schlechter.

Das große Uebel der kapitalistischen Wirtschaft hat auch noch eine andere Seite: Die Arbeitslosigkeit bedrückt nicht mehr die Handwerker, sondern auch die Stehtrageleute, die Kaufleute, Techniker, Beamten und Künstler, also jene Schichten, die bislang die kapitalistische Gesellschaft noch priesen und stützten. Und diese neue internationale und interberufliche Schicksalsgemeinschaft mit ihren seelischen und sonstigen Konsequenzen ist hochbedeutend für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Von dem Unternehmertum ist in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur dann etwas zu erwarten, wenn die Arbeitslosigkeit, wie etwa im Baugewerbe, den eigenen Profit bedroht. Sonst aber nicht. Deshalb sind die Gewerkschaften berufen und verpflichtet, tatkräftig nach der Behebung des Übels zu streben. Und weil das Uebel international ist, ist dagegen international vorzugehen. Dem Internationalen Gewerkschaftsbund erblüht ein ebenso schweres wie dankbares Werk: Das Produktionsproblem ist gelöst, das Verteilungsproblem aber heischt gebieterisch eine Lösung; die Warenerzeugung nimmt immer mehr zu, die Erzeuger aber nehmen immer mehr ab; die Geschäftsgewinne sind gut, die Löhne sind schlecht. Aus diesen Tatsachen ergeben sich die Maßnahmen der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

In der Reihe der Maßnahmen hat zu oberst die Verkürzung der Arbeitszeit zu stehen. Die technische Entwicklung wirft den Achtstundentag, der noch vor zehn Jahren eine große gewerkschaftliche Errungenschaft war, zum alten Eisen. Und wenn die Kapitalistenklasse nicht ganz von allen Göttern verlassen ist, müßte sie die Bestrebungen der Internationale in der Richtung einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit in allen Ländern tatkräftig unterstützen. Sonst sagt sie den Akt ab, auf dem sie heute noch sitzt. Die Entwicklung drängt zu umfangreichen

Reformen. Wird dies rechtzeitig begriffen und durchgeführt, dann wird sich der privatkapitalistische Staat, an dem uns nichts gelegen ist, noch eine Zeilang halten können. Er bekäme eine Galgenfrist. Endgültig aus der wirtschaftlichen Sackgasse führt aber nur der Sozialismus. Nur er verbürgt allen Erdbewohnern Arbeit und Brot!

Erwerbslose Jugend.

„Wer Arbeit will, findet welche!“ ruft mancher Gedanklose in gesicherter Lebensstellung den Erwerbslosen zu. Stimmt das?

In der Harburger Berufsschule für Ungelernte veranstaltete vor einiger Zeit Kollege Dieck eine Sammlung von freien Schüleraufgaben zum Thema „Erwerbslos“, die ein völlig anderes Bild ergab. Dieck faßt das Ergebnis seiner Sammlung (in seinem demnächst erscheinenden Buch „Fabrik und Schule“) folgendermaßen zusammen:

„Alle Jugendlichen zeigen in den Niederschriften den unbedingten Willen zur Arbeit. Wie gern mögen sie arbeiten, und die Arbeitslosigkeit erscheint ihnen als das größte Unglück. Die Lektüre dieser Niederschriften möchte man allen denen ganz besonders empfehlen, die so gern von der „Drückeberger“ der Arbeitslosen sprechen und schreiben. Mancher höhere Schüler könnte sich durch diesen Arbeitswillen beschämen lassen. Unsere Arbeiterjugend ist arbeitsfreudig, wenn sie anständig behandelt und entlohnt wird.“

Nun sollen kommentarlos und ohne jede Abänderung einige Berichte über das erlebte Arbeitslosenschicksal folgen, die zu den ernstesten Argumenten gegen jeden Abbau, für stärksten Ausbau der Sozialfürsorge gehören.

„Ein halbes Jahr habe ich verkürzt gearbeitet, jeden Tag darauf gewartet, daß es endlich mal wieder losgeht. Wie schwer traf mich daher die Kunde, als es eines Tages hieß, wir werden entlassen. Eine Wut erfüllte mich, daß ich am liebsten alles klein geschlagen hätte. Ich möchte es gar nicht meinen Eltern sagen. Als wir dann unsere Papiere erhalten hatten, ging sofort zum Nachweis, um uns dort eintragen zu lassen. Hier herrschte eine Völlerei. Beinahe 5000 Arbeitslose in Harburg, ein Fünftel der ganzen Stadt. Manch bedrücktes Gesicht, in das Not und Armut tiefe Falten gegraben, kann man hier sehen. Arbeitslose, die den ganzen Tag am Schalter stehen und auf Arbeit warten. Man sieht auch solche, die sich denken, auf, warum sollst du immer arbeiten. Ich muß nun jede Woche dreimal zum „Stempeln“. Alle auf einmal können wohl gar nicht abgefertigt werden. Es ist vor kurzem eingeführt worden, daß auch Jugendliche unter 18 Jahren Unterfertigung erhalten. Es sind 5,90 Mk. Viel ist es ja nicht. Man muß dafür auch jeden Tag 2 Stunden zum Turnen. Viel anschaffen kann man sich für die Unterfertigung nicht. Die Hauptsache ist, daß mein Vater noch keine feste Arbeit hat. In wie vielen Familien ist dieses nicht der Fall? Ich kenne eine solche, wo 5 erwachsene Personen in einer 2-Zimmer-Wohnung haufen, keiner von ihnen hat Arbeit und der Mann lag bis vor kurzem im Krankenhaus. Ich tät mich am liebsten davonmachen. Ich möchte zur See fahren, aber hierzu ist keine Aussicht vorhanden, denn diesen Gedanken haben noch viele andere, die alle lange darauf warten, ein Schiff zu kriegen. Es werden ja auch die Befahrenen bevorzugt. Wenn man morgens gegen 8 Uhr mal durch die erste Wilsdorfer Straße und Lüneburger Straße geht, kann man sie sehen, die zum Arbeitsnachweis gehen. Leberall herrscht das Wort vom „Stempeln“. Manch einer ist froh, wenn er nach langer Zeit wieder Arbeit kriegt. Enttäuscht sind wieder andere, wenn ihnen Arbeit versprochen worden ist. Kommen sie zur Fabrik, dann ist die Stelle schon besetzt. So traf ich gestern einen, der hat einen Schein erhalten, wo ihm Anstellung versprochen war, enttäuscht kam er zurück. Sämtliche Stellen besetzt, hieß es. Also geht es jeden Morgen weiter zum Ernst-Drucker-Theater, wie der Arbeitsnachweis von uns Arbeitslosen genannt wird. Auf dem Nachweis kann man alte Gesichter auftauchen sehen, alte Schulkameraden, Arbeitskollegen, die man schon längst vergessen hatte. Es wird doch hoffentlich bald anders werden, es kann doch nicht dauernd so bleiben, sonst würde noch manch einer verzweifeln.“

„Schon über 6 Wochen bin ich arbeitslos. Es ist nicht schön, tagtäglich rumfaulenz. Und mein alter Vater muß für mich arbeiten. Lieber täte ich das Umgekehrte.“

„Arbeitslos ist heute die größte Not. Ein arbeitsloser Familienvater kann heute nicht mehr das in seiner Familie tun, was er sonst kann, wenn er seine ordentliche Arbeit hat. Aber nicht nur die Familienväter haben darunter zu leiden, sondern auch wir Jugendlichen. Die 5 Reichsmark, die wir an Unterfertigung bekommen, reichen nicht einmal zum Sattessen. Durch diese Arbeitslosigkeit kommt die Jugend, die doch kräftig und munter in die Zukunft schauen soll, richtig so runter, daß sie in den späteren Jahren durch Krankheit aufs Bett geworfen wird und nicht mehr aufstehen kann. Dieses ist aber noch nicht das Letzte, sondern der Hunger treibt die Menschen, daß sie sich an fremdem Gut vergreifen, und die Kinder auch sich durch diese Art und Weise den Hunger zu stillen suchen. Wer aber treibt die Menschheit zu solchen Verbrechen? Nach meiner Ansicht nicht das Volk selbst, sondern Kapital streitet gegen Kapital und diese Zeit ist eine der schlimmsten wohl bald gewesen und eine andere Zeit wird dieser wohl folgen, nicht schlimmer, nein besser.“

Wir könnten noch mehr solcher Schreiben veröffentlichen. In dem Blatte „Volkslehrer“ sind sie enthalten. Welche ungeheure Schuld belastet angeichts solcher Notschreie Jugendlichen die kapitalistische Gesellschaft! Das einzige, was tröstend wirkt, ist die Hoffnung dieser Jugendlichen auf eine bessere Zukunft. Dafür stehen und kämpfen wir. Und sie sollen dabei als freudige Kämpfer mitwirken!

Von der Sozialgesetzgebung im Jahre 1929.

Bei der überragenden Bedeutung, die die Sozialversicherung für jeden arbeitenden Volksgenossen hat, erscheint es wünschenswert, einmal kurz darauf einzugehen, was uns das vergangene Jahr in dieser Hinsicht gebracht hat. Wie weit sind unsere Forderungen hinsichtlich der Entwicklung und des Ausbaus der Versicherungszweige erfüllt worden? Sind Verschlechterungen eingetreten? Diese und andere Fragen drängen sich den Interessenten auf. In der allgemeinen Sozialversicherung brachte das vergangene Jahr durch die „Richtlinien über Gesund-

heitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung vom 27. Februar 1929“ eine grundlegende Neuerung und gleichzeitig Verbesserung auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge. Den Anlaß zu diesen Richtlinien gab ein Gesetz vom 28. Juli 1925. Der Gesetzgeber hat also mehr als lange gebraucht, ehe er dem Gesetz durch Veröffentlichung der Richtlinien Lebenskraft gab. Die Richtlinien bezwecken zweierlei. Einmal soll den beiden großen Volksfeinden, der Tuberkulose und den Geschlechtskrankheiten durch allgemeine Aufklärung, Errichtung und Erhaltung von Beratungsstellen usw. mehr als bisher auf den Leib gerückt werden. Neben dieser Fürsorge im allgemeinen sollen auch alle Einzelfälle dieser beiden Krankheitsarten mehr und besser als bisher betreut werden. Das Wichtigste der Richtlinien besteht darin, daß die Personen, die an einer dieser Krankheiten leiden, solange den Versicherungsschutz und alle übrigen Versicherungsleistungen erhalten sollen, bis die Krankheit völlig ausgeheilt ist. Bei diesen beiden Krankheiten ist die Leistungspflicht nicht mehr eine befristete, wie es heute in der Krankenversicherung grundsätzlich üblich ist. Unter den ausgedehnten Schutz fallen sämtliche Versicherte, die Ehegatten und Kinder der Versicherten, Witwen und Waisen der Versicherten und Empfänger von Renten aus der Sozialversicherung. Um diese Aufgaben durchführen zu können, sollen die Versicherungssträger usw. von oben herab bis in die Bezirke Arbeitsgemeinschaften gründen. Leider liegen aber die Dinge so, daß Gesetz und Richtlinien zur Gesundheitsfürsorge zwar ergangen sind, in der Praxis jedoch bis heute nicht angewendet werden. Die Vorarbeiten (Gründung der Arbeitsgemeinschaften usw.) stecken noch in den Anfangsstadien. Wir sind der Meinung, daß es absolut keinen Zweck hat, Gesetze zu schaffen und mögen sie noch so gut sein, wenn sie in der Praxis nicht angewendet werden.

In der Krankenversicherung brachte uns das Jahr 1929 nur eine wesentliche Änderung. Es ist dies das „Gesetz über Wochenhilfe vom 18. Mai 1929“. Durch dieses Gesetz sind die Leistungen der reichsgesetzlichen Wochenhilfe dergestalt erweitert worden, daß das Wohngeld für die Zeit vor der Entbindung drei Viertel des Grundlohnes beträgt, solange die Schwangere keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt. Obwohl in diesem Versicherungszweig keine weiteren Änderungen getroffen worden sind, beschäftigte sich die Öffentlichkeit mehr denn je mit ihm. Anlaß boten hierzu die von verschiedenen Stellen gewünschten und veröffentlichten Vorschläge für eine Reform der Krankenversicherung. Von diesen Reformvorschlägen fanden die des „Hauptverbandes deutscher Krankenkassen“ sowohl bei den Freunden, als auch bei den Gegnern der Versicherung das lebhafteste Interesse.

Die Invalidenversicherung betraf ein „Gesetz über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929“. Dies Gesetz brachte in zweierlei Hinsicht Verbesserungen. Einmal wurden die Steigerungsbeträge zur Rentenberechnung für die bis zum 30. September 1921 verwendeten und gültigen Beitragssätze erhöht. Die andere Neuerung bestand darin, daß auch Hinterbliebene solcher Versicherten, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben waren, vom 1. Oktober 1929 an Anspruch auf die Fürsorge der Invalidenversicherung haben. Dasselbe gilt für die Hinterbliebenen solcher Versicherten, die am 1. Januar 1912 dauernd erwerbsunfähig waren und dann gestorben sind, ohne die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt zu haben. Zu diesem Gesetz ist dann noch eine Durchführungsverordnung vom 17. Juli 1929 erschienen.

Die Angestelltenversicherung ist durch ein „Gesetz zur Änderung des Angestelltenversicherungsgesetzes vom 7. März 1929“ in ihren Leistungen erweitert worden. Dies Gesetz legte die Wartezeit für den Bezug von Ruhegeld usw., die bis dahin verschieden festgelegt war, einheitlich auf 60 Beitragsmonate fest. Wenn jedoch weniger als 30 Monate auf Grund versicherungspflichtiger Beschäftigung nachgewiesen sind, beträgt die Wartezeit 90 Beitragsmonate. Eine wesentliche Verbesserung brachte das Gesetz insofern, als auch solche Versicherte als berufs-unfähig und damit als rentenberechtigt angesehen werden, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre ununterbrochen arbeitslos sind. Hierdurch ist die Angestelltenversicherung hinsichtlich der Leistungen wieder einmal ihrem größeren Bruder, der Invalidenversicherung, mit gutem Beispiel vorausgeeilt. Durch eine Verordnung vom 8. Oktober 1929 ist die Versicherungspflicht auf Hebammen und Musiker ausgedehnt worden, die auf eigene Rechnung tätig sind, jedoch keine Angestellten beschäftigen.

In der Unfallversicherung ist als Neuerung, besonders die „Zweite Verordnung des Reichsarbeitsministers über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929“ zu nennen. Durch diese Verordnung ist die Verordnung über Berufskrankheiten vom 12. Mai 1925 außer Kraft gesetzt worden. Die wichtigsten Neuerungen der neuen Verordnung sind, daß der Versicherungsschutz nicht mehr allein auf gewerbliche Berufskrankheiten beschränkt ist, sondern auch auf Krankheiten in der Landwirtschaft und in der Seefahrt erstreckt worden ist. Gleichzeitig ist die Liste der unter den Schutz der Versicherung fallenden Berufskrankheiten wesentlich erweitert worden. Jedoch ist die Berufskrankheit der Bauarbeiter, die Zementkräfte, noch immer nicht als Berufskrankheit anerkannt worden. Im großen und ganzen ist der Aufbau und die Organisation dieser Versicherung gegen Berufskrankheiten derselbe geblieben. Erwähnt sei an dieser Stelle, daß auch die neue Verordnung noch nicht ganz befriedigen kann, da es immer noch eine große Anzahl von Berufskrankheiten gibt, die noch nicht dem Schutz der Versicherung unterstellt worden sind. In diesem Zusammenhang sei nochmals auf das Gesetz vom 20. Dezember 1928 hingewiesen, durch welches die Zahl der unter die Versicherung fallenden Betriebe und Tätigkeiten erweitert worden ist. Zu diesem Gesetz hat das Reichsversicherungsamt am 7. Februar 1929 eine Bekanntmachung über die Anmeldung der neu versicherungspflichtigen Betriebe und Tätigkeiten erlassen. Derselbe Mangel, der oben bei der „Gesundheitsfürsorge“ gerügt worden ist, muß auch hier wieder angeführt werden. Obgleich schon weit über ein Jahr seit dieser Erweiterung verfloßen ist, klappert der Laden doch noch nicht. Die Eingruppierung der neuerfaßten Berufe und Tätigkeiten in die bestehenden und neugegründeten Berufsgenossenschaften ist immer noch nicht so abgeschlossen, daß hierüber genau Auskunft gegeben werden kann.

Die Arbeitslosenversicherung war im verflossenen Jahre und ist auch heute noch das Schmerzenskind der gesamten Sozialversicherung. Der Grund liegt darin, daß wegen der langandauernden katastrophalen Arbeitslosigkeit die Beitragseinnahmen der Versicherung nicht ausreichen, die Verpflichtungen zu decken. Es mußten deshalb Mittel und Wege gefunden werden, hier einen Ausweg zu schaffen. Einer dieser Auswege sollte das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929“ sein. Dies Gesetz brachte in fast allen Zweigen dieser Versicherung, besonders für die Saisonarbeiter, einschneidende Änderungen. Soweit diese Änderungen die Leistungen betreffen, wirken sie sich meist als Verschlechterungen aus. Die Änderungen sind im „Grundstein“ genügend besprochen und kritisiert worden, so daß hier nicht mehr auf sie eingegangen zu werden braucht. Im Anschluß an das erwähnte Abänderungsgesetz ist das gesamte „Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ in einer neuen Fassung veröffentlicht worden. Trotz dieses Gesetzes mit seinen Leistungsverschlechterungen tobte der Kampf um die Versicherung weiter. Verschärft wurde er dadurch, daß die finanzielle Lage der Reichsanstalt immer mißlicher wurde. Man mußte deshalb — um weitere fühlbare Leistungsverschlechterungen zu vermeiden — wohl oder übel zu einer Beitragserhöhung schreiten. Diese wurde durch das „Gesetz über eine befristete Erhöhung des Beitrags in der Arbeitslosenversicherung vom 27. Dezember 1929“ festgelegt. Der Beitragssatz wurde hierdurch vorläufig bis zum 30. Juni 1930 auf 3 3/4% des maßgebenden Arbeitsentgeltes erhöht. Was nach Ablauf dieser Frist dann geschehen wird, oder besser gesagt, geschehen muß, weiß heute noch niemand. Fest steht jedoch, daß die Lage keineswegs rosig ist.

Dies sind in knappen Zügen die Änderungen und Neuerungen, die uns das Jahr 1929 in der Sozialversicherung gebracht hat. Wir haben gesehen, daß Verbesserungen auf der einen Seite Verschlechterungen auf der anderen Seite gegenübersehen. Fest steht jedoch, daß die gesamte Versicherung heute mehr als je angegriffen und bedroht wird. Unsere Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß diese Angriffe restlos abgeschlagen werden.

Was tut der deutschen Wirtschaft not?

Deutsche Professoren werden einmal dicke Bücher schreiben über die erstaunliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft im letzten Jahrfünft. So schrieb vor einiger Zeit die „Vossische Ztg.“. Das ist durchaus nicht übertrieben. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrfünft ist ganz erstaunlich gewesen; man könnte beinahe mit demselben Recht von einem deutschen Wirtschaftswunder sprechen, wie man seinerzeit von dem amerikanischen gesprochen hat. Und dieses Thema ist besonders aktuell zur jetzigen Zeit, wo die deutsche Unternehmungsklasse ein wüßtes Geschrei vollbringt gegen die bestehenden Steuern, wo sie Sturm läuft gegen eine solide Staatshaushaltsführung und damit gegen die Lebenshaltung der deutschen Volksmassen. Es muß deshalb mit aller Deutlichkeit gezeigt werden, daß die Wirtschaftslage anders ist, als sie von der Rechtspresse geschildert wird. Und diese Aufklärung muß zum graniternen Kern des deutschen öffentlichen Bewußtseins gemacht werden, an dem alle Umtriebe der Schacht und Jugenberg zerschellen. Immer und immer wieder muß es durch Lautsprecher in das Land hinausgeschrien werden: Es ist Schwindel, daß die sogenannte Wirtschaft am Erliegen sei, es ist Hohn und nochmals Schwindel, daß sie von steuerlichen und sozialen Lasten erdrückt werde, es ist Schwindel, daß die Ueberfremdung die deutsche Wirtschaft bedrohe!

Umgekehrt liegt es! Der Produktionsindex der amtlichen Reichsstatistik beweist, daß auch im Jahre 1929 die deutsche Wirtschaftsleistung — trotz des außergewöhnlich kalten und langen Winters und der dadurch hervorgerufenen Produktionsstörungen und trotz der großen Zahl der Arbeitslosen — im Durchschnitt der ersten zehn Monate um 24% höher stand als im Durchschnitt der Jahre 1924/26, auch noch beträchtlich höher war als im Jahre 1928, das ganz gewiß kein Jahr des schlechten Geschäftsganges war. Besonders hat sich die Ausfuhr um monatlich gut 100 Millionen gegen die des Vorjahres gehoben; sie war 230 Millionen höher als im Jahre 1927 und — man höre! — um 580 Millionen höher als im Jahre 1924.

Wir sehen auch den Aufstieg der deutschen Wirtschaft an den wachsenden Wagenbestellungen der Reichsbahn, besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1929. Wer die Jahresproduktion an Roheisen, Rohstahl, Steinkohle, Braunkohle usw. verfolgt hat, wird feststellen haben, daß das Jahr 1929 alle seine Vorjahre bedeutend überflügelt hat.

1925 betrug das Volkseinkommen nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung 53 Milliarden, jetzt jedoch 69 bis 71 Milliarden. Beide Zahlen dürften jedoch zu niedrig gegriffen sein. Denn nach amtlichen Mitteilungen betrug das durch Lohnsteuer erfasste Einkommen Ende 1925 35 Milliarden. Das Krisenjahr 1926 brachte allerdings eine Senkung, aber jetzt, wo die Arbeiterzahl gewachsen ist und Lohnsteigerungen erkämpft sind, beträgt es mindestens 45 Milliarden. Wenn aber einer glaubt, alle selbständigen Erwerbsschichten hätten nunmehr nur ein Einkommen von 25 Milliarden, so grenzt dies an Einfältigkeit. Man beachte, daß in keinem Lande ein solcher Steuerbefrag herrscht, wie in Deutschland. Ein süddeutscher Wirtschaftler, ein Professor, sagte erst im vorigen Jahr in einer Versammlung: „Wenn bei uns ehrlich Steuern bezahlt würden, dann wäre die Freigrenze nicht 1200, sondern 5000 Mark.“

Die Löhne sind seit 1925 gestiegen, aber nicht in dem Maße wie Produktionswert und Volkseinkommen. Die Arbeitsleistung ist viel rascher gestiegen als der Lohn. So ist die Arbeitsleistung der Untertagearbeiter im Ruhrkohlenbau von 100 im Jahre 1913 auf 133,7 Ende September 1929 gesteigert worden, gegen 1928 auch um 7,7 Punkte. Im Maschinenbau war, die Produktionssteigerung 1929 gleich 100 gefest, die Zahl 1928 im Januar 133, und im Jahre 1929 sogar 142. Dies zeigt klar, daß die Arbeitsleistung gegenüber dem Lohn weit mehr gesteigert worden ist. Im Baugewerbe sieht es ähnlich aus, es fehlen uns allerdings die statistischen Zahlen. Doch hier können wir aus eigener Erfahrung urteilen. Die amtliche Reichskreditgesellschaft muß dagegen bei ihrer Darstellung über Deutschlands wirtschaftliche Lage

am Jahresende feststellen, daß der Verbrauch eine Verminderung erfahren hat:

„Bis zum Jahre 1928 dürfte der Verbrauch in Deutschland um einige Prozent je Kopf der Gesamtbevölkerung über den der Vorkriegszeit gestiegen sein... Im Verlauf des Jahres 1929 ist der Verbrauch des deutschen Volkes nicht mehr gestiegen. Hierauf lassen die Höhe des Arbeitseinkommens im Jahre 1929 und auch die Zahlen über den Inlandsabsatz schließen.“

Dies zeigt ganz klar den Kern unseres Wirtschaftsproblems. So wichtig die Ausfuhr auch ist, eine Ausfuhr von 15 Milliarden ist nur ein ganz geringer Teil der deutschen Produktion. Der weitaus größte Teil muß eben im Inland abgesetzt werden. Und dieser Absatz kann erhöht werden, indem man die inländische Kaufkraft hebt. Natürlich nicht nur die Kaufkraft der Landwirte, Industriellen, Kaufleute, Handelsherren, Krämer und selbständigen Handwerker, sondern vor allen Dingen die der breiten Volksmassen, des werkschaffenden Proletariats. Arbeiter, Hausangestellte, Angestellte und Beamte sind die große Masse der Käufer, und je besser es ihnen geht, je mehr sie an Lebensmitteln und Verbrauchsartikeln aller Art kaufen können, desto besser geht es der Landwirtschaft, dem Handwerk, dem Handel und der Industrie.

Alle vernünftigen Wirtschaftspolitiker haben das begriffen. In Amerika hört man von jedem Industrie- und Regierungsvertreter, daß die Kaufkraft der Massen das Fundament des nationalen Wohlstandes und der wirtschaftlichen Freiheit ist. Deshalb ist Grundbedingung, das Einkommen der Arbeiter und Angestellten in erster Linie zu erhöhen. In Deutschland ist die Kapitalistenklasse in ihrer großen Mehrheit allerdings noch anderer Meinung. Um so notwendiger ist es, ihr bei jeder Lohnverhandlung diese Einsicht, diese wirtschaftliche Grundweisheit beizubringen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland konnte nur deshalb so schnell vor sich gehen, weil die Löhne von 1924 an zu steigen begannen. Das deutsche Volkseinkommen stieg um Milliarden, dadurch wurde der deutsche innere Markt aufnahmefähig, die Industrie entwickelte sich, die Gesamtwirtschaft hob sich; dies zeigen klar und deutlich die vorn angeführten amtlichen Ziffern. Soll der deutsche Wirtschaftsaufschwung nicht ins Stocken geraten, so müssen die Lohn- und Gehaltsaufbesserungen fortgesetzt werden. Dies führt nicht zur Verminderung des Unternehmergewinnes, zu einer Ueberlastung der armen Kapitalisten, sondern zur Steigerung der Produktion, die das ganze Volkseinkommen erhöht. Dies sehen wir an den Vereinigten Staaten, wo sich in einem Jahrzehnt die Kaufkraft

Das Bauwerk

ist das fachwissenschaftliche Organ des Deutschen Baugewerksbundes. Werbt eifrig Bezieher!

der Arbeiterklasse um 30% hob. Die Produktion hat sich dadurch gewaltig gesteigert und der Reichtum der Unternehmer hat sich ebenfalls vermehrt.

Im Jahre 1929 haben sich die Spareinlagen bei den Sparkassen um 2000 Millionen erhöht. Dies sind aber bei weitem keine Spargroschen der Arbeiter, es sind zumeist Ueberflüsse des Mittelstandes. Der Rekord des Jahres 1928 — 2300 Millionen Einlagezunahme — wäre sicherlich weit überboten worden, wenn nicht die Schacht und Jugenberg durch ihre politischen Torheiten und ihre wirtschaftliche Mißwirtschaft 4 1/2 Milliarden deutschen Kapitals im Ausland verschleudert hätten. Die Fernhaltung ausländischen Kapitals hat die deutsche Wirtschaft in schwere Verlegenheiten gebracht. Bauprogramme können nicht ausgeführt werden. Diese Geldsperre muß fallen, Anleihen müssen aufgenommen werden, der Baumarke muß belebt werden, denn die Bauindustrie ist die Ankurbelungsmaschine für fast alle andern Industrien.

Daß das Wirtschaftsjahr 1929 trotz aller Fehler und Widerwärtigkeiten für Deutschland noch so günstig abgelaufen ist, ist ein glänzender Beweis für die unermessliche Gesundheit und Widerstandskraft der deutschen Wirtschaft. Ein großes Verdienst an der Entwicklung der deutschen Wirtschaft haben aber die Gewerkschaften, in erster Linie mit unser Baugewerksbund. Die Gewerkschaften haben durch ihre lohnsteigernde Tätigkeit zur Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft in starkem Maße beigetragen. Deshalb muß dieses Streben fortgesetzt werden. Und wir können es unterstützen, indem wir unsern Bund die Treue geloben und überzeugungstreu für seine Ausbreitung wirken. Damit betreiben wir nichts anderes als Wirtschaftspolitik zum Vorteil des gesamten Volkes!

S. Sch., Bündensteid.

Entwicklung der Sozialversicherung 1928 u. 1929.

Nach der kürzlich erschienenen, im Reichsversicherungsamt bearbeiteten „Statistik der Sozialversicherung 1928 mit einem Blick auf das Jahr 1929“ haben die Beitragseinnahmen der Träger der Sozialversicherung mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1928 3,9 Milliarden Reichsmark betragen.

Nimmt man die Vermögenserträge und sonstigen Einnahmen, einschließlich der Aufwertungsbeiträge für das alte Vermögen, hinzu, so ergibt sich für die Sozialversicherung — ohne Arbeitslosenversicherung — eine Einnahme von zusammen rund 4,2 Milliarden Reichsmark. Die Gesamtausgaben stellten sich auf beinahe 3,4 Milliarden Reichsmark, wovon 3,1 Milliarden Reichsmark auf die Ausgaben für Pflicht- und freiwillige Leistungen entfielen, was 92% aller Ausgaben entspricht. Für Verwaltungskosten wurden insgesamt 6,3% der Beiträge verbraucht. Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben um mehr als 772 Millionen Reichsmark, so daß das Gesamtvermögen im Laufe des Jahres 1928 von 2,6 Milliarden Reichsmark auf rund 3,4 Milliarden Reichsmark anwachsen konnte. — Die Ueberflüsse der Einnahmen sind verhältnismäßig niedrig; sie erreichen nicht die Höhe, die im Interesse einer gesicherten Weiterentwicklung, namentlich bei der Rentenversicherung, eigentlich notwendig wäre. Die Summe der reinen Ueberflüsse

aller Versicherungsarten beträgt mit 772 Millionen Reichsmark nur knapp 1/4 einer einzigen Jahresleistung.

In der Krankenversicherung wurden insgesamt 1,95 Milliarden Reichsmark vereinnahmt und 1,87 Milliarden Reichsmark, davon 1,73 Milliarden Reichsmark für pflicht- und freiwillige Leistungen verausgabt. In der Unfallversicherung stellten sich die Einnahmen auf 396 Millionen Reichsmark und die Ausgaben auf 377 Millionen Reichsmark. Die Invalidenversicherung vereinnahmte 1,202 Milliarden Reichsmark, davon 1,08 Milliarden Reichsmark an Beiträgen, und verausgabte 806 Millionen Reichsmark, davon 750 für Pflicht- und freiwillige Leistungen. In der knappschafflichen Pensionsversicherung der Arbeiter überstiegen die Einnahmen mit 196 Millionen Reichsmark die Ausgaben mit 192 Millionen Reichsmark nur um ein geringes, während in der knappschafflichen Pensionsversicherung der Angestellten bei 34,4 Millionen Reichsmark Einnahmen und 35,2 Millionen Reichsmark der schon erwähnte Fehlbetrag eintrat. In der Angestelltenversicherung beliefen sich die Einnahmen auf 389 Millionen Reichsmark und die Ausgaben auf 121 Millionen Reichsmark. In der Arbeitslosenversicherung einschließlich der Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit sowie der Krisenunterstützung wurden rund 1 Milliarde Reichsmark aufgewendet. Ein Vergleich der einzelnen Zweige hinsichtlich ihrer Ausgaben und Einnahmen kann wegen des verschiedenartigen Aufbaues nicht vorgenommen werden.

Für das eben abgelaufene Jahr 1929 können nur geschätzte Angaben und auch solche nur teilweise gegeben werden. So ist das finanzielle Ergebnis der Krankenversicherung noch ungewiß. Es wird sich in ihm aber der infolge der großen Kälte außerordentlich hohe Krankenstand des ersten Viertelsjahres 1929 auswirken. In der Unfallversicherung können die gesamten Ausgaben auf etwa 400 Millionen Reichsmark geschätzt werden. In der Invalidenversicherung dürften sich die Einnahmen auf 1,213 Milliarden Reichsmark erhöhen und die Ausgaben auf 908 Millionen Reichsmark anheben. In der Angestelltenversicherung werden sich die Gesamteinnahmen auf 480 Millionen Reichsmark und die Gesamtausgaben auf 186,5 Millionen Reichsmark belaufen.

In diesen Zahlen kommt sowohl für das Jahr 1928 als auch für das Jahr 1929 nicht zum Ausdruck, daß auch das Reich eine Reihe von Aufwendungen für die soziale Versicherung zu tragen hat — Der Gesamtwert der Sozialversicherungsleistung läßt sich nicht in Ziffern ausdrücken. Ihr nicht in Zahlen zu berechnender Wert für das Volksganze liegt in der planmäßigen Arbeit im Dienste der Gesundheit, in der Stärkung und Erhaltung der Arbeitskraft und damit auch zum Nutzen der Wirtschaft.

Haß macht blind!

Je mehr die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und damit der Notwendigkeit einer gemeinsamen Kampffront mit den Arbeitsgenossen der freigewerkschaftlichen Richtung gelangen, desto mehr bemüht sich die Presse der „Christen“, die weltanschaulichen Gegensätze zwischen beiden Gewerkschaftsrichtungen zu betonen, damit der sich immer mehr verengende Spalt zwischen beiden nicht verschwindet und den „Christen“ dieser Spalt nach wie vor als eine unüberbrückbare Kluft erscheine. Besonders stark tritt dies Bemühen der christlichen Presse natürlich in Wahlzeiten in Erscheinung. Die Nummern der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, des „Deutschen“, wimmeln vor den Kommunalwahlen Tag für Tag von Angriffen gegen die freigewerkschaftliche und sozialdemokratische Arbeiterschaft. Dabei wurde in demagogischer Weise die Verwaltung der Stadt Berlin stets und ohne weiteres mit der Sozialdemokratischen Partei identifiziert, obgleich auch dem „Deutschen“ bekannt sein dürfte, daß der städtische Haushalt nur mit Hilfe bürgerlicher Parteien, und zwar u. a. der dieser Zeitung nahestehenden Parteien des Zentrums und der Deutschen Volkspartei angenommen werden kann. Diese Sucht des „Deutschen“, für alle Mißerfolge in der städtischen Verwaltung nur die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, sein blinder Haß gegen diese, haben ihn vor kurzem zu einem Geistesprodukt verführt, das an Dummheit und Demagogie nicht überboten werden kann und deshalb einmal niedriger gehängt werden soll.

Die Berliner Stadtverwaltung wurde bekanntlich vor Weihnachten unter die Vormundschaft des Oberpräsidenten gestellt, weil die Stadtverordnetenversammlung ohne Rücksicht auf die Finanzen der Stadt eine Weihnachtsbeihilfe für die Arbeitslosen beschloß. Das benutzte der „Deutsche“ in der Nummer 30 seiner Beilage „Die Reichshauptstadt“ unter der Ueberschrift „Aufhebung der Selbstverwaltung“ zu einem Angriff gegen die „angeblich proletarischen SPD-Regierungsleiter“ und zu folgendem unverantwortlichen Geschwätz:

„Gewiß müssen die Ausgaben gestoppt werden, aber das ausgerechnet mit den paar Millionen für die Weihnachtsbeihilfe der Erwerbslosen! Warum nicht alle Bauten, soweit wie möglich, stoppen. Warum nicht alle Veranstaltungen, Unternehmungen und Repräsentationen abbremsen!“

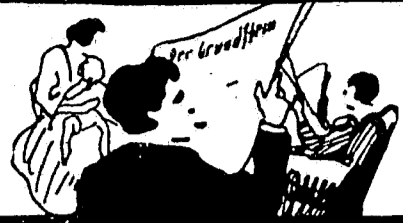
Auch wir bedauern es sehr, daß die Finanzlage der Stadt Berlin die Auszahlung der Beihilfe an die Arbeitslosen verhindert hat. Aber wenn wir zu wählen hätten zwischen dieser einmaligen Beihilfe und der Einstellung der städtischen Bauten, die Tausenden von Arbeitern und Angestellten unmittelbar und weiteren Tausenden in der von der Schlüsselindustrie des Baugewerbes abhängigen Industrie Lohn und Brot gibt und so verhindert, daß auch diese Tausende noch Erwerbslosenunterstützung und Weihnachtsbeihilfen fordern müssen, dann wird uns die Wahl nicht schwer. Daß jetzt ein großer Teil der Berliner Bauten wegen der katastrophalen Finanzlage der Stadt trotzdem noch stillgelegt wurde, und zwar gegen den berechtigten Protest der Baugewerkschaften und des Baugewerbes, läßt uns die Leichtfertigkeit der Worte des „Deutschen“ nur noch schwerer empfinden. Fragen muß man: Was sagen die christlichen Bauarbeiter dazu?

Seine geistige Herkunft aus Hinterfuntenhausen beweist der Schreiber obiger Zeilen im „Deutschen“ auch noch durch folgende Zeilen: „Man kann nicht genug Bahnen bauen — unter normalen Verhältnissen. Bei kritischer Finanzlage ist es aber gescheiter, zu Fuß zu gehen — selbst in einer Viermillionenstadt.“

Wir wünschen dem Herrn in seinem Beruf fähliche Fußwege von Zehlendorf nach Pankow!



Unterhaltung und Wissen



Gespräch in der Baubude.

Kollege D.: „Da wir wieder beim politischen Teil angekommen sind, stelle ich erneut meine Frage, die ich euch schon vor einigen Tagen stellte: „Worin liegt denn der Verrat, den die SPD. an der Arbeiterklasse nach eurer Auffassung in der WZWG-Neuregelung begangen hat?“

Kollege G. (er will Kommunist werden): „Worin der Verrat liegt? In den Reformvorschlägen, die sie gemacht hat, denn die SPD. ist doch gar keine Arbeiterpartei mehr.“

Kollege D.: „Das kann man leicht hinsagen. Wie war die Wirklichkeit? War es nicht die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, die durch ihre maßlose Heße in der reaktionären Presse von ungeheuren Mißständen in der WZWG. schrieb? An der Spitze stand dabei die „DZ.“ War es nicht die Deutsche Demokratische Partei, die im Sachverständigen-Ausschuß, der eigens zu diesem Zweck eingeholt worden war, und der seine Arbeiten in vier Wochen erledigte, im Gegensatz zum englischen Sachverständigen-Ausschuß, der zwei ganze Jahre gebrauchte, um dieselbe Frage zu klären, die zuerst den Antrag einbrachte, die Saisonarbeiter, also wir Bauarbeiter, sollten



erst nach 36 Wochen in den Genuß der Unterstützung kommen? War es nicht die Deutsche Demokratische Partei, die am 17. November ausrief: „Die Deutschen Demokraten und ihre Taten!“ Wir Bauarbeiter haben alle Verantwortung, diese Taten nicht zu vergessen. Griff nicht die Deutsche Zentrumspartei diesen Antrag auf und baute ihn weiter aus? Wollte sie nicht eine Staffelung, wonach 40-, 60-, 80- und 100prozentige Unterstützungsleistung gesetzlich festgelegt werden sollte? Also, wer 52 Wochen im Jahre versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt hat, sollte erst dann die vollen Leistungen beanspruchen können. Von sonstigen angeblichen Reformvorschlägen der Zentrumspartei ganz zu schweigen. War es nicht die Deutsche Volkspartei, die sich aufs schärfste für die Einführung der Bedürftigkeitsklausel einsetzte? Menschen, alles in allem, die nicht wissen, wie es den Bauarbeitern zumute ist, gerade in der jetzigen Witterungszeit bei höchstens drei Tagen in der Woche Arbeitsgelegenheit, mit durchgeriebenen Händen und Schultern, in nassem Zeug, im Wind und Regen zu arbeiten, um am Lohnungstag gerade soviel zu haben, um nicht zu hungern. Waren es nicht diese Parteien, die die Saisonarbeiter überhaupt aus der Versicherung ausschalten wollten? Gegen all diese Vorschläge hat sich die SPD. und der WZWG. unter stärkster Heranziehung unseres Bundesvorstandes mit aller Kraft gewandt.“

Kollege R.: „Von all diesem wißt ihr nichts. Blind behauptet ihr, die SPD. sei der „Verräter“. Sie hat schuld, daß wir vom 9. Dezember an weniger Unterstützung bekommen.“

Kollege G.: „Sei du doch still, du warst ja früher selbst bei der SPD. Die SPD. hat auch schuld!“

Kollege R.: „Daß du den Vorwurf gegen R. erhebt, er sei früher selbst in der SPD. gewesen und hätte auf die SPD. geschimpft, ist kein schöner Zug. Ich habe alle Achtung vor ihm, daß er erkannt hat, daß die SPD. nicht die Partei ist, die sie sein will.“

Kollege D.: „Schön, wenn alles bisher Angeführte noch nicht gilt, dann gib du uns den Schlüssel zur Lösung. Gesetze werden im Reichstag beschlossen. Der Reichstag setzt sich aus 491 Abgeordneten zusammen. Davon sind 154 SPD., die übrigen sind Gegner im Kampf um die Erhaltung der WZWG. gewesen. Du siehst also eine erdrückende Mehrheit. In dieser Mehrheit sitzen auch die Vertreter deiner Partei, der SPD. Nun löse das, bitte! Du kannst es nicht. Oder versuche doch, Tatsachen wegzureden! Euer Parteigenosse R. sagte noch in unserer letzten Mitgliederversammlung, die SPD. sei deshalb Gegner der

WZWG., weil in ihr die Klassifizierung eingebaut ist. Ist nicht auch in Sowjet-Rußland, einem Lande, wo die SPD. ausschlaggebend ist, die Arbeitslosenunterstützung, sofern man überhaupt dort eine Versicherung gelten lassen will, in 6 Zonen eingeteilt? Muß nicht der russische unorganisierte Angestellte 5 Jahre Anwartschaftszeit beibringen, um Unterstützung zu erhalten und der Organisierte auch noch 3 Jahre? In Deutschland ist keine Bedürftigkeitsprüfung. In Sowjet-Rußland dagegen heißt es: „Die Unterstützung wird nur bei Bedürftigkeit gegeben. Im übrigen waren doch auch unsere Bauarbeiter im vorigen Winter in einer gesetzlichen Sonderregelung. Ja, Kollege G., der SPD. und dem WZWG. allein ist es zuzuschreiben, daß die Bauarbeiter noch Unterstützung erhalten! Das solltest auch du einsehen! Aber du bist ja durch deine Partei zum Gegner der WZWG. geworden. Dann würde ich an deiner Stelle nicht von Verrat sprechen. Aber es ist schon richtig so: wenn du über kurz oder lang zum Arbeitsamt mußt und erhältst keine Unterstützung, dann merkst auch du, daß es besser ist, als nichts, du merkst aber auch, daß es bitter wenig ist. Dann aber bedanke dich bei deinen Parteifreunden.“

Es schellt, die Pause ist um. Noch im Hinausgehen sagte ich zu ihm, ob du das wohl tußt, Gustav?

Hans Drefsen.

Hochöfen-Neubau.

Von H. Schneider, Maurer, Dorlar.

Im Tal ragen Hochöfen auf. Das Herz der heimischen Schwerindustrie pocht hier. Dröhnen und Rasseln der Drahtseilbahnen und Becherwerke, das Fauchen und Pochen der Gebläse lastet schwer über der nahen Stadt. Zur Nachtzeit speien die Hochöfen ihre rote Glut weiß in die Landschaft. Brennendes Gas flammt rot und blau in die Nacht. Die Opferfeuer der Arbeit loben zum Himmel.

Vier Hochöfen ragen auf. Baufällig und ausgebrannt ist der eine. Jahrelang brannte sein rotes Herz in Feuerflut. Immer hungrig verschlang sein unerfütterter Schlund Erz und Kohle. Müde ist er nun und verzehrt von der Glut seines Herzens. Die Eier seiner Eingeweide ist gefüllt. Müde ist er und voll Sehnsucht nach Tod und Kühle. Das glutflüssige Eisenblut in seinen Adern verstopft und stockt. Er stirbt.

Verstöhnen soll der tote Ofen. Bauleute kommen und reißen ihn nieder. Das Leben schäumt weiter. Ein neuer Ofen soll wachsen. Größer und gewaltiger, fester und zäher, lebensmühtiger als sein Vorgänger und seine Brüder um ihn. So will, so fordert es die ewig junge, stürmische Mutter Technik.

Niedergeboren ist der alte Ofen. Fest und tief gegründet muß der neue werden. Auf festem Boden will er stehen, den Urweltfuge schufen. Tief dringen wir Bauleute ein in die harte Rinde der alten Erde. Durchbrechen und sprengen müssen wir die Fundamente des toten Ofens, durchbrechen und wegsprengen auch die steingewordenen Abfallprodukte der feurigen Gefellen, die meterhoch aufgeschichtet, schon Jahrzehnte lagern. Luftkammer und Preßluftbohrer rafern und knattern ununterbrochen in rasendem Tempo. Die Gebläse brausen. Kesselschmiede lassen Ziehhammer rasen. Unser Ohr wird taub. Im Hirn wühlen Dolche.

Kurze Pause. Wir suchen Deckung. Dann krachen Sprengschäfte. Steinblöcke schnellen empor, zerschellen. Hochgeschleuderte kleine Stücker prasseln wie Hagel nieder. Ein Trümmerhaufen liegt vor uns, zerfetzte Steinmassen. Wir beladen den Förderkasten der Aufzugmaschine. Diese schafft die Trümmer in bereitstehende Waggons. Tag und Nacht. Wochenlang.

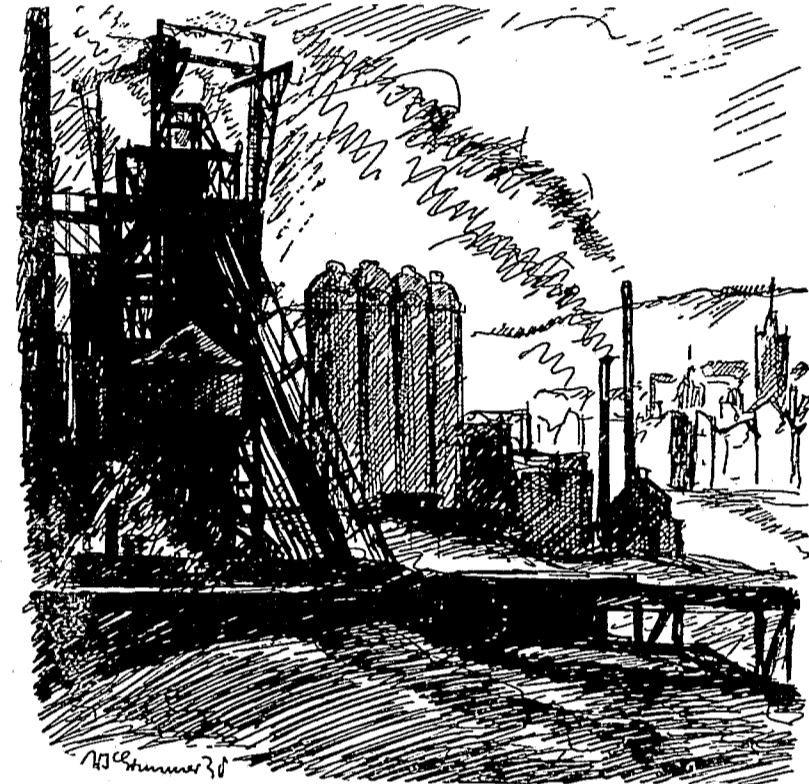
Durchbrochen ist das Gestein. In weiche, warme, fette Erde graben wir uns ein. Viele Meter tief. Die Wasser der Tiefe quellen uns entgegen. Motorpumpen rasen und saugen unaufhörlich. Dem zerrissenen Gestein entweichende Gase schaffen Uebelkeit. Lärm und Gebraus ist um uns. Die Luft dröhnt und zittert. Wir graben und graben.

Die Erdmassen und Steinklöbe der Fundamentwände wollen wanken, weichen. Starke Balken und Wopfen geben Halt und Stütze, verhindern den Niederbruch, schützen Leben und Gesundheit der starkgliedrigen Schaffer in der Tiefe.

Verantwortungsbewußtsein und Können erfordert die Verbauarbeit. Ein Gewirr von Balken, doch sinnvoll angeordnet, füllt die Baugrube. Härter müssen wir uns mahnen. Schweiß strömt von unseren Leibern und unsere Glieder schmerzen.

Die Betonmaschinen poltern. Fester naturgewachsener Kies ist erreicht. Auf ihn soll sich gründen das ragende Werk. Betonmassen stürzen nieder. Druckluftstamper pressen die lose Masse fest und dicht. Aus Basalt, Sand und Zement wird neues stahlhartes Gestein, ein einziger gewaltiger Block, fähig, ungeheure Lasten zu tragen. Unsere Mühe und unser Schweiß strömen ein in das Werk. Ins Werk verkrampft sind Leiber und Hirne. Unsere Seelen sind voll Stolz und Schmerz.

Vollendet haben wir Bauproleten einstweilen unser Tun. Aus festem Grunde wuchs breit und stark das massige Fundament. Nun merken unsere Brüder vom Metall. Masse ragen auf. Nafore spenden ihre Titanenkraft. Starke Drahttaue winden durch Rollen gleitend schwere Lasten empor. Mächtige eiserne Säulen werden emporgereckt, aufeinandergefügt, Träger und Panzerplatten in-



Trozig schaut der junge Riese über Hüttenwerk und Stadt.

einandergefügt, verbunden. Aus Vielheit wächst Einheit. Schmiedfeuer brennen. Nethämmer bellen wutentbrannt. Glühende Nieten durchziehen die Luft. Von den grünen Flammen der Schweißapparate tropft golden das Eisenblut. Gefahr umdräut die Männer vom Metall. Doch ihre Herzen sind kühn und sicher, ihre Augen klar und ruhig. Eisen türmt sich zu schwindelnder Höhe. Ein Riese ist gewachsen.

Dann wieder kommen wir Männer vom Stein. Stein schichtet sich auf Stein, sorgfältig dicht und fest. Die Wut des Feuers würde das Eisengerippe fressen. Doch Stein hält die Höllenglut gefangen, hindert Zerstörung und läßt sie fruchtbar werden. Ohnmächtig nagt der glühende Feuerzahn an dem festen braunweißen Fleische des Steins. In Fesseln schlagen wir Bauleute die wilde Glut.

Trozig schaut der junge Riese über Hüttenwerk und Stadt. Der Fluß und die blauen Wälder grüßen. Ihn aber hungert. Bald wird er — gefräßiger noch als seine Brüder — Kohle schlängen und Erz, viele Jahre lang und voll Bier wie sein Vorfahr. In seinen Adern wird schäumen und brausen, zischen und toben das heiße Eisenblut. Rauchend und rasselnd, die Luft erschütternd werden seine Afemhöfe hinbranden über Fluß und Stadt. Aus seinem Leib wird brechen der goldflüssige Glutstrom und flammend hinausbluten in die Landschaft. Blaue Flammen umtrauschen sein Haupt. Eine zackige Krone! — Bald!

Hirn und Fäuste schufen dies Werk. Erstarrtes Gebet unserer Hände ragt es zum Himmel empor. In Luft und Schmerz gezeugt und geboren.

Unsere Herzen sind voll klingendem Stolz, doch unsere Seelen voll dunkler Trauer.

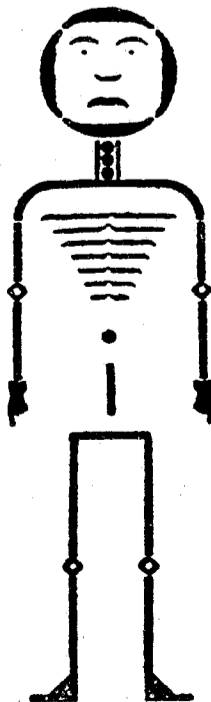
„Ich brauche keinen Verband!“

Hiermit sei der ganzen Welt Gottlieb Quakel vorgestellt. Oft schon wurde er gebeten, unserm Bunde beizutreten.

Aber immer sagt er: Nein! Immer will er schlauer sein. Selbst die besten Argumente find ihm eine lahme Ente.

Ueberstunden schiebt er gern, ist lieb Kind bei seinem Herrn, denn er dient ihm freu und willig und auch wirtschaftsfriedlich billig.

Gibt es Freibier mit Klimbim, ist er Chef vom Stamme Nimm. Ueber Bonzen und Genossen quakelt er dann unverdrossen.



Trotz der Ueberschusterei langt es kaum zu Brot und Brei. Traurig zählt er seine Rippen und befühlt die Muskelstreifen.

Als der gute Herr das sah, strich er Quakels Gloria. Ausgepreßte Arbeitskräfte nützen nichts mehr dem Geschäfte.

Quakel klagt jetzt vor Gericht, wo er vom Tariflohn spricht. Sagt der Richter: „Außerstande, denn Sie sind nicht im Verbannde!“

Quakel (siehe Zeichnung) flennt, weil er jetzt den Schaden kennt. So ergeht es allen Quakeln, die auf unsern Bund spektakeln.

Jedem das Seine. „Angeklagter, ich sehe Sie jetzt zum neunzehnten Mal auf der Anklagebank!“

„Herr Präsident, über Ihre Rede muß ich mir aber doch sehr wundern! Ich sehe Sie nun schon seit zwölf Jahren uff demselben Stuhle sitzen, es is mir aber deswegen noch nie infallen, Ihnen Vorwürfe zu machen...!“

Millionendiebstahl! Aufgeregt stürmte die Primadonna der reisenden Schauspieltruppe ins Zimmer des Direktors hinein.

„Die Juwelen“, schrie sie, „sie sind verschwunden. Sie sind aus meiner Garderobe gestohlen worden!“

„Welche Juwelen?“ frug der Direktor.

„Der Schmuck, den ich im zweiten Akt tragen muß“, sagte die Primadonna mit tränenerfückter Stimme, „das Brillantendiadem, das Armband mit Smaragden und das mit Brillanten besetzte Kollier.“

Der Direktor runzelte die Stirn. „Ich mache Sie verantwortlich für den Verlust!“ donnerte er. „Nächsten Freitag werde ich von Ihrer Wage acht Mark fünfzig abziehen!“

Streiks u. Lohnbewegungen

Töpfer: Gesperrt sind in Leipzig die Firma Paul Haubenreißer, Antonienstraße 11, in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Zeitz die Ofengefäße Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme, in Burg bei Magdeburg Uhlmann, in Hannover Junge wegen rückständiger Löhne, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl wegen Tarifbruchs, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Erfurt. (Konferenz der Jugendleiter.) Zur Förderung der Jugendarbeit in unserm Bezirksverband war zum 2. Februar eine Jugendleiterkonferenz nach Erfurt einberufen worden. Vertreten waren 22 Baugewerkschaften durch 33 Delegierte. Zwei Delegierte waren Jugendleiter der Glaser. Bezirksleiter Meyer gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Jugendarbeit im Bezirk und schilderte die Schwierigkeiten des Aufbaues von Jugendabteilungen. Kollege Pistorik berichtete von der Jugendarbeit im Reich. Es gilt noch viele Lehrlinge zu organisieren. Bei der Schulungsarbeit darf das Ziel nicht aus den Augen gelassen werden: die Erziehung des Jungvolks zu tüchtigen Berufskollegen, Gewerkschaftern und Menschen. Für die Werbung und Schulung des Jungvolks sind die Bundeschriften mehr als bisher zu benutzen. Die Lichtbilder sollten gleichfalls mehr in den Dienst unserer Bildungsarbeit gestellt werden. Mit Hilfe von am Ort vorhandenen Apparaten werden sich Lichtbildvorträge halten lassen. Besondere Aufmerksamkeit ist der Funktionärschulung zuzuwenden. Die Zentrale des Bundes versucht durch Schulungskurse die Ausbildung von jungen Funktionären zu fördern. Den Jugendleitern bleibe aber doch noch die Aufgabe, die Teilnehmer für die Jugendbildungswochen vorzubereiten und sie nachher in die Arbeit für den Bund anzupassen. Der Berufsschule, den Gefellenausschüssen, den ländlichen Verhältnissen und der Zusammenarbeit von jung und alt muß gleichfalls erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. — Anschließend wurden auch die rechtlichen Fragen, die Ausbildungsbestrebungen, die bestehenden Zustände und die Verbesserungsmaßnahmen lebhaft besprochen. Ueber die Abhaltung eines Jugendtreffens waren die Meinungen geteilt. Der Bezirksvorstand soll prüfen, ob Sparmaßnahmen in den Jugendabteilungen in genügendem Ausmaße getroffen werden, um ein Jugendtreffen ohne große Unkosten für den Bund durchzuführen. Schließlich wurde der Bundesfilm „Unser Jungvolk studiert“ vorgeführt. Die arbeitsreiche Tagung, die Anregungen in vieler Hinsicht bot, wird dazu beitragen, die schon jetzt gute Jugendarbeit innerhalb des Bezirksverbandes weiter zu fördern.

Aus den Baugewerkschaften

Mugsburg. Unsere Baugewerkschaft hielt am 2. Februar ihre Jahresversammlung ab. Bergmann gedachte zunächst der im vergangenen Jahr durch Tod abgegangenen 17 Kollegen. Darauf gab Großl den Kasienbericht. Für die musterhafte Kasienführung wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Bergmann gab darauf den allgemeinen Jahresbericht, wobei er gleich eingangs hervorhob, daß das finanzielle Ergebnis des letzten Jahres nicht befriedigend sei. Doch dies liege nicht an der Geschäftsleistung, sondern zum großen Teil an den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, zum andern Teil an dem langen und strengen Winter des verfloffenen Jahres. Das 1. Viertel 1929 war daher das schlechteste seit der Stabilisierung, selbst das 1. Viertel 1924, das doch gewiß auch

schlecht war, war dagegen noch besser. Die Scharte vom 1. Viertel konnte im Laufe der folgenden drei Vierteljahre nicht mehr ausgeweht werden. Wenn auch im Juni und August die Bautätigkeit nicht schlecht war, so bröckelte sie doch im Herbst wieder rapid ab, so daß im Dezember, trotz der günstigen Witterung, unsere Arbeitslosenziffer den Stand vom Januar 1929 wieder erreicht hatte. Dies mußte sich naturgemäß auch in der Beitragsziffer auswirken, so daß trotz der größeren Mitgliederzahl die Zahl der Vollbeiträge hinter der von 1927 und 1928 zurückblieb. Der Gesamtumsatz an Beiträgen, volle und Freimarken zusammen, betrug 113 495. Neuaufnahmen wurden im verfloffenen Jahr 964 gemacht. Auch der Einwand, den man bei der Werbearbeit häufig zu hören bekommt, daß man nur immer Beiträge zahlen muß, doch nichts vom Verband bekommt, ist dadurch glänzend widerlegt worden, daß von den für die Hauptkasse vereinnahmten Beträgen in Höhe von 95 241,85 M wieder 77 773,05 M an die Mitglieder in Form irgendeiner Unterstützung ausgezahlt wurden, davon an Arbeitslosenunterstützung allein 51 806,85 M. — Zur Durchführung der Tarifverträge waren 15 Schlichtungskommissionssitzungen und 32 Termine vor dem Arbeitsgericht notwendig. Auch gegen das Ueberstundenwesen mußte im verfloffenen Jahr von der Geschäftsleitung eingeschritten werden, da es leider noch immer Kollegen gibt, die mit Vorliebe, zum eigenen Schaden und dem der gesamten Kollegen, sich allzuwillig zur Leistung von Ueberstunden bereit erklären. Der Gedanke der Ferien im Baugewerbe bricht sich immer mehr Bahn, denn trotz der kurzen Bautätigkeit im letzten Jahr war es doch möglich, daß 638 Kollegen die tariflichen Ferien erhalten konnten. — Mit dem Funktionieren des Baudelegiertenwesens konnte man zufrieden sein, das beweist auch die verhältnismäßig hohe Zahl von Neuaufnahmen, wenn auch andererseits gesagt werden muß, daß es leider noch immer einige vereinzelte Baustellen gibt, wo es einfach nicht möglich ist, einen Kollegen zu finden, der das Amt eines Baudelegierten übernimmt. Es ist beschämend, wenn die Kollegen nicht einmal den Mut aufbringen, von ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch zu machen. An Stelle des wegen Krankheit ausgeschiedenen Kollegen Ulrich wurde Bergmann als Vorsteher gewählt. Dieser sprach dann im Namen der Baugewerkschaft dem Kollegen Ulrich für seine 21jährige erprießliche Tätigkeit den Dank aus und knüpfte daran den Wunsch, daß ihm ein angenehmer Lebensabend beschieden sein möge. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. — Ein von der Zahlstelle Dillingen gestellter Antrag, der verlangt, daß dieser Zahlstelle von den Einnahmen der Lokalkasse ein prozentualer Anteil zu ihrer freien Verfügung überwiehen werde, wurde abgelehnt.

Wackwitz. (Jahresbericht.) In unserer Generalversammlung am 26. Januar gab Kollege Nowack den Jahresbericht. Obwohl im Frühjahr große Bauobjekte geplant waren, scheiterte doch die Ausführung, nicht etwa an Kapitalmangel, sondern an der Starkköpfigkeit der Interessenten. Trotzdem waren die Kollegen leidlich gut beschäftigt, was jedoch nicht verhinderte, daß ein Teil von ihnen ein neues Anrecht auf die Arbeitslosenunterstützung nicht erwerben konnte. Unsere Lohnklagen wurden, außer in einem Falle, zu unseren Gunsten entschieden. Ueber den Stand der Kasse berichtete Kollege Leunig. Der Bestand der Lokalkasse hätte noch besser sein können, wenn nicht durch die sträfliche Leichtsinngigkeit eines früheren Hilfskassierers 150 M verloren gegangen wären. Es könne nicht angehen, daß ein Hilfskassierer einfach daherkäme und erkläre, ihm sei das Geld gestohlen worden. Für eingehaltene Gelder ist jeder Einkassierer haftbar zu machen, außerdem müssen in solchen Fällen die Gerichte eingreifen. Die alte Drückerverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Zwei jüngere Kollegen wurden hinzugewählt, um sie in die innere und äußere Verwaltung einzuführen. Der Kollege Kojtschke wurde ausgeschlossen. Der Antrag auf Strafverfolgung des früheren Hilfskassierers Kl. wurde gutgeheißen. Dem Kollegen Leunig wurde Entlastung erteilt. Zum Schluß wurde noch auf einige Rundschreiben hingewiesen.

Freiberg (Sa.) Am 2. Februar wurde unsere Jahresversammlung abgehalten. Nach der üblichen Ehrung der durch Tod von uns geschiedenen Mitglieder, gab unser Geschäftsführer den Jahresbericht. Zahlenmäßig wurde festgestellt, daß die Bautätigkeit im Berichtsjahr hinter der des Vorjahres weit zurückstand. Es gab keinen Tag im Jahre, an dem nicht eine größere Zahl Fach- und Hilfsarbeiter arbeitslos waren. Auch ein Folge der übermäßigen Lehrlingshaltung. Wurden doch bei Beginn der Bautätigkeit und nach den Gesellenprüfungen ein großer Teil der Ausgelernten entlassen, um Platz zu schaffen für neue Lehrlinge. Trotz der schlechten Bautätigkeit konnte die Mitgliederzahl um 40 gesteigert werden. Die Bauarbeiterkommission mußte bei der Bautenkontrolle immer wieder eine Reihe Verstöße gegen die Arbeiterschutzbestimmungen feststellen. Oftmals hatten deren Befolgung aber die Kollegen in der Hand. Unsere Kassenverhältnisse sind gut. Der Lokalkassenbestand ist um rund 2000 M gestiegen. Die Neuwahlen ergaben die fast einstimmige Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Für einen ausgeschiedenen Beisitzer trat ein anderer Kollege ein.

Gelsenkirchen-Herne. Am 26. Januar hielten wir unsere Jahresgeneralversammlung ab. — Im Jahre 1929 sind 12 Kollegen durch Tod aus unseren Reihen geschieden. Nach dem Kassen- und Geschäftsbericht, den Kollege Debus gab, hatte unsere Baugewerkschaftskasse eine Jahreserinnahme von 56 990,03 M und eine Ausgabe von 36 193,35 M. Somit war ein Kassenbestand von 20 796,68 M vorhanden. Im Jahre 1929 hatten wir eine Ausgabe an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung von 52 744,45 M, das ist gegenüber 1928 ein Mehr von 14 139,90 M. Daraus ist zu ersehen, wie schlecht in unserm Bezirk die Arbeitsverhältnisse waren. Durchschnittlich haben 37 Prozent unserer Mitglieder im Jahre 1929 noch keine 26 Wochen gearbeitet. Wie katastrophal dies wirkt, ersieht man daraus, daß 810 Mitglieder unserer Baugewerkschaft nicht in den Genuss der Arbeitslosenunterstützung kommen. — Kollege Debus nahm zum Schluß scharf die sogenannte Opposition unter die Lupe, die sich hier breit zu machen versucht. — Kruska gab darauf den Agitationsbericht. Das Delegiertenwesen war 1929 besser als 1928. Er ermahnte die älteren Kollegen, sich mehr den jüngeren Kollegen an den Baustellen zu widmen und wies auf unsere Bauabende hin. Unser Bezirksleiter, Kollege Kufmann, gab bekannt, daß zur Belebung des Baumarktes im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes gemeinsam mit den Unternehmern ein diesbezüglicher Vorstoß gemacht ist. Hoffen wir, daß er zur Geldebeschaffung für den Baumarkt fruchtbringend ist. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Angenommen wurde noch gegen 3 Stimmen von 44 Vertretern eine Geschäftsordnung für unsere Versammlungen.

Glauchau. Am 26. Januar tagte unsere Hauptversammlung. Anwesend waren 29 Vertreter, außerdem der Vorstand und Beirat, sowie Kollege Sörig vom Bezirksvorstand Dresden. Den schriftlich vorliegenden Geschäfts- und Kasienbericht ergänzte Kollege Starke. Die Einnahmen und Ausgaben einschließlich Kasienbeständen belaufen sich auf 98 181,40 M. An Unterstützungen wurden für 836 Kollegen eine Summe von 33 595,20 M ausgezahlt. Vor allen Dingen wurden das Baudelegiertenwesen und der Bauarbeiterbeschütz sehr unter die Lupe genommen. Fast alle Mitglieder des Vorstandes wurden einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender ist Bruno Siegel, Stellvertreter Walter Schlimper; Stellvertreter des Kassierers ist Willy Brunner und Schriftführer Kurt Hausen. Beisitzer sind Max Streubig und Karl Kluge, Revisoren Louis Fiedler, Albin Süß und Oskar Köhler.

Goslar. (Jahresbericht.) Unsere Jahresversammlung am 26. Januar war von 34 Delegierten besucht. In seiner Begrüßungsrede gedachte Kollege Brunk e auch der verstorbenen Kollegen des vergangenen Jahres. Kollege Sander erstattete den Jahresbericht. Er berichtete über die Geschäftskonjunktur, die so schlecht war, daß 39 Mitglieder im verfloffenen Jahre keine 26 Wochen Arbeit leisten konnten und somit der Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung verlustig gehen. Auch jetzt im Winter

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 27. Januar 1930.

In den berichtenden Baugewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Zahl der Baugewerkschaften		Mitgliederzahl am Wochen-schluß	Arbeitslos																				vom Hundert der Mitgliederzahl													
	Insgesamt	davon haben Bericht		Maurer	Steuerungs- und Schornstein-maurer u. Helfer	Wolter, Dachstuhl- u. Zimmerer	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	Werkstatthalter	27. 1.	20. 1.													
Königsberg	7	7	17477	5560	6	196	87	137	24	3	1	407	—	—	17	23	2	—	50	36	—	13	4924	37	1983	54	—	38	2	889	—	14489	82,9	84,6			
Danzig	1	1	3822	693	—	2	20	—	11	—	—	50	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	632	12	465	—	—	73	—	1961	51,3	51,1				
Stettin	64	64	15723	6235	5	97	35	76	145	26	43	220	—	—	36	18	1	—	—	—	—	—	—	2970	—	1229	—	—	2	778	3	11920	75,8	75,2			
Breslau	43	43	44338	14582	88	523	200	264	38	71	40	570	64	24	80	68	24	5	63	—	—	—	—	10355	117	1932	—	—	2001	29	31138	70,2	68,6				
Berlin	65	65	55928	12911	32	154	12	313	798	262	74	638	4	4	45	25	9	12	15	478	—	—	—	8623	—	1006	10	—	14	5	1192	7	26643	47,6	45,0		
Magdeburg	43	43	30440	10250	8	88	17	67	25	69	6	135	1	—	—	27	39	—	—	—	—	—	—	3449	5	713	11	—	—	859	—	15781	51,8	49,7			
Erfurt	34	34	20642	9083	38	93	85	10	164	98	15	73	1	—	22	30	15	1	7	22	—	—	—	3660	—	283	—	—	1182	—	14882	72,1	71,7				
Frankfurt	17	17	36225	9932	28	71	251	200	626	32	—	16	—	—	75	18	19	29	23	—	—	—	—	8171	336	2216	103	—	5	787	—	22990	63,5	64,4			
Köln	12	12	20715	2948	36	62	240	240	555	112	—	8	3	—	100	17	14	295	74	—	—	—	—	5	3890	112	819	2	—	1	151	—	9955	48,1	46,5		
Dortmund	14	14	23222	3281	41	50	198	232	332	1	—	17	—	—	1	126	40	6	22	38	—	—	—	13	3565	209	1097	—	—	339	—	9608	41,4	41,4			
Hannover	41	41	30493	8371	5	104	52	87	77	30	1	25	2	43	4	18	8	6	31	9	—	—	—	6	4057	13	1105	9	—	9	918	—	14990	49,2	48,7		
Bremen	30	30	15974	3067	6	36	44	70	51	11	—	13	—	—	—	21	22	—	—	—	—	—	—	—	—	1187	—	—	—	—	240	—	7209	45,1	44,8		
Hamburg	56	56	34066	6076	3	35	223	367	125	112	10	148	1	—	3104	12	17	68	22	60	—	—	—	—	1968	—	381	—	—	—	488	—	5971	70,1	67,5		
Rostock	60	60	8520	3008	7	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Dresden	32	32	70313	19967	27	414	265	125	190	294	281	482	8	2	41	73	24	35	9	81	—	—	—	—	16629	5	1546	—	—	4	2671	29	43202	61,4	58,5		
Nürnberg	29	29	18433	4973	40	61	31	27	845	11	66	36	—	—	13	66	10	3	—	—	—	—	—	—	—	—	39	308	14	—	—	476	—	12187	66,1	66,9	
München	33	33	16623	3295	8	48	19	12	98	35	2	53	—	—	9	4	31	7	3	5	26	—	—	—	—	—	40	838	41	17	6	2	177	6	8756	52,7	46,6
Stuttgart	15	15	10406	1674	8	15	22	54	1141	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Karlsruhe	11	11	16707	4733	10	96	124	105	920	12	2	3	—	—	35	1	76	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	607	607	490067	130639	396	2169	1925	2401	6527	1081	598	2913	84	120	273	932	262	140	621	821	62	113	92409	1325	20390	295	23	92	22	13866	75	280574	57,25	—			
Zuj. vorige Woche	614	614	490611	126958	364	2071	1868	2340	6557	1093	435	2683	82	134	254	902	269	142	584	775	67	76	90248	1949	19285	470	101	94	32	13537	70	273440	—	55,78			

Die Arbeitslosigkeit ist noch weiter gestiegen. Im Vergleich zum vorigen Berichtsmoat haben wir im Reichsdurchschnitt eine Steigerung von 53,04 % auf 57,25 %. Am 28. Januar 1929 betrug der Reichsdurchschnitt 64,80 %. In den einzelnen Bezirksverbänden stieg die Arbeitslosigkeit folgendermaßen: In Königsberg von 78,1 auf 82,9 %, Danzig von 45,6 auf 51,3 %, Stettin von 73,4 auf 75,8 %, Breslau von 65,3 auf 70,2 %, Berlin von 38,8 auf 47,6 %,

Magdeburg von 47,1 auf 51,8 %, Erfurt von 69,5 auf 72,1 %, Frankfurt von 59,6 auf 63,5 %, Köln von 43,2 auf 48,1 %, Dortmund von 38,8 auf 41,4 %, Hamburg von 34,5 auf 38,6 %, Rostock von 66,9 auf 70,1 %, Dresden von 54,1 auf 61,4 %, Nürnberg von 63,9 auf 66,1 %, München von 50,3 auf 52,7 %, Karlsruhe von 54,9 auf 57,7 %. — Die größte Arbeitslosigkeit haben die Bezirksverbände Königsberg mit 82,9 %, Stettin mit 75,8 %, Erfurt mit 72,1 % und Breslau

mit 70,2 %. Einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit haben die Bezirksverbände Hannover, Bremen und Stuttgart. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 63,3 % arbeitslos (Vormonat 57,6), bei den Bauhilfsarbeitern 60,6 % (56,8), bei den Erd- und Tiefbauarbeitern 54,8 % (37,7) arbeitslos.

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!

ist die Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Gebietes so groß, daß rund 1000 Kollegen feiern müssen. Der Abschluß eines neuen Reichsarbeitsvertrages wurde von den Kollegen begrüßt, auch die Allgemeinverbindlicherklärung des Reichs- und des Bezirksarbeitsvertrages. Außer notwendigen Konferenzen wurden auch zwei Jugendkonferenzen zur Schulung der Jugendlichen abgehalten. Die Lohnerhöhung im Frühjahr habe nicht das gebracht, was gewünscht war; unter allen Umständen muß die Spanne der Hilfsarbeiter verringert und die Ortsklasseneinteilung geändert werden. Die Mitgliederbewegung zeigt eine Steigerung von 1262 auf 1403. Die Beitragszahlung war befriedigend. Mit einem Zuschuß aus der Bundeskasse betrug unsere Jahreseinnahme 64470,70 M. Für Unterstufungen wurden 30118,20 M. ausgegeben. Für die Lokalkasse wurden vereinnahmt 20 077,85 M., verausgabt wurden 18 700,72 M. Der Lokalkassenbestand betrug am Jahreschluß 9 764,88 M. Von den 29 Lohnklagen sind 27 zu unseren Gunsten ausgefallen. Eingeklagt wurden 1765 M.; leider waren davon 992 M. nicht einzubringen, da der Unternehmer in Konkurs gerufen war. Einige Kollegen haben bei dieser Sache bis zu 115 M. verloren. Der Versammlungsbefuch konnte im allgemeinen als gut bezeichnet werden. — In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt. Der Vorstand wurde entlastet. Kollege Sander wurde zu seiner Tätigkeit als Angefallter, die am 1. Januar bereits 10 Jahre währte, beglückwünscht. Der gesamte alte Vorstand wurde wiedergewählt, neu hinzugewählt wurden die Kollegen Mattern, Meyer und Künne. Der Arbeiterfamarienkolonne in Harzburg und Goslar wurden je 50 M. überwiesen. Die Unterrichtskurse des Bundes wurden begrüßt, ihr weiterer Ausbau wurde gewünscht. Die Versammlung schloß mit der Versicherung, auch in diesem Jahre alles zu tun, um die Organisation zu stärken.

Heide. In der Generalversammlung am 29. Januar gab der Vorsitzende, Kollege Kaschinsky, einen kurzen Jahresbericht. Die Baugewerkschaft umfaßt 138 Kollegen. Infolge der schlechten Bauaktivität mußte ein erheblicher Teil der Kollegen fast im ganzen Sommer auswärts arbeiten. Eine Anzahl Klagen wurden vor den Arbeitsgerichten erfolgreich durchgeführt und Zahlung von Lohn, daneben auch die Auslösung für die Tiefbauarbeiter der Firma Kagegen, in Höhe von 1850,80 M. ausgekragt. Für unsere Lehrlinge konnten 609 M. ausgekragt werden. Diese Zahlen beweisen, daß dort, wo die Arbeiterkraft zu ihrer Gewerkschaft steht, ihre Belange dem Unternehmer gegenüber gewahrt werden. — Der Kassenbestand betrug am Jahreschluß 824,30 M. Dem Kassierer, Kollegen Stange, wurde Entlastung erteilt und der Vorstand in seiner alten Zusammensetzung wiedergewählt. Als Leiter der Jugendgruppe wurden die Kollegen Ahlers und Harder wiedergewählt. Die Besichtigung einer Jugendführerkonferenz in Hamburg wurde beschlossen. Dem Volksthor „Sängerlust“ wurden 30 M. für den Liederfonds bewilligt.

Königsberg i. Pr. Unsere Jahresgeneralversammlung war am 9. Februar. Zunächst wurde ein Vortrag des Bezirksleiters Kinaf über: „Der Klassenkampf der Bourgeoisie in Staat und Wirtschaft“ mit Beifall entgegengenommen. Dann erstattete Kollege Grams den Geschäftsbericht über das Jahr 1929. Von der ins Riesenhafte wachsenden Arbeit der Verwaltung der Baugewerkschaft zeugte besonders die auf arbeitsrechtlichem Gebiet liegende Tätigkeit. 1133 Termine, 825 Streikfälle und der schöne Betrag von 36 869,62 M. sind auf diesem Gebiet Erfolge, die jeder anerkennen muß. Den Kassenbericht gab Kollege Raschewski, den Bericht über erledigte Streitfälle Kollege Herrmann. Nach dem Bericht des Obmannes der Revisoren wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Tätigkeitsbericht wurde ohne Aussprache anerkannt. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder. Auf Grund des Wachstums der Kunstfein- und Terrazzo-Gruppe wurde der Vorstand durch ein Mitglied dieser Gruppe erweitert. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit den Zeretzungsbestrebungen, die die kommunistische Partei in unsere Organisation hineinragen möchte. Gelegentlich der Erörterung dieser Dinge konnte die Generalversammlung die Ansicht eines kommunistischen Parteigängers hören, der den Reichskongress und den sogenannten Diktongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition als Auswüchse bezeichnete. Die einmütige Auffassung der Generalversammlung gerade in dieser Frage in Verbindung mit der Wiederwahl des alten Vorstandes ist ein Zeichen dafür, daß zum Wohle unseres Bundes auf dem althergebrachten Wege weitermarchiert werden soll. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Die Bundesatzung für alle Bundesmitglieder ist oberstes Gesetz. In diesem Sinne vorwärts zu weiterem Aufstieg!

Lübben. In unserer letzten Versammlung bemerkte der Vorsitzende, daß die Bauaktivität in diesem Jahr befriedigend sein werde. Von zwei Kollegen wurde diese Ansicht unterstrichen und erklärt, daß noch andere Bauten in Aussicht genommen seien. Neumann betonte, daß sich die Arbeiterschaft einig in dem Wunsche sei, in die Lohnstufe 1 eingegliedert zu werden. Es wurden dazu verschiedene Vorschläge gemacht und man einigte sich auf eine Forderung von 1,10 bis 1,15 M. je Stunde. Auf einmütigen Wunsch der Mitgliedschaft wurde die Entschädigung für den Vorsitzenden auf jährlich 150 M., für den Kassierer im ersten Vierteljahr auf 100 M., für die übrige Zeit des Jahres auf 200 M., für den Schriftführer auf 20 M. erhöht. Im Februar soll ein Lichtbildervortrag gehalten werden. Am 1. April wird unsere Baugewerkschaft mit Koffbus verschmolzen. Angenommen wurde neben weniger wichtigen Anträgen ein Antrag, der Freien Turnerstaffel 50 M. für Geräteanschaffung zur Verfügung zu stellen.

Wels. Warum ich 1929 nicht meine Anwartschaft für die Arbeitslosenunterstützung zusammenbrachte. Folgende Zeilen sende uns ein Kollege: „Als ich mehrere Jahre bei dem hiesigen Bauunternehmer Schipke meine Pflicht als Kalk- und Ziegelträger getan hatte, kam eines Tages ein neuer Polier auf unsere Baustelle. Wir bauten gerade einige Landjägerhäuser. Bis 1928 verstanden wir uns sehr gut. Im Jahre 1928 kam es zwischen dem Polier und mir zu folgender Auseinandersetzung. Die Fassade des Reichshauses putzten 7 Maurer, ich war Kalkträger und Träger. Verwendet wurde Graukalk. Der Bauunternehmer hatte schon immer dem Polier

vorgehalten, daß zu viel Kalk gebraucht werde. Als die Fassadenarbeit dem Ende entgegen ging, mußte auf Anweisung des Poliers der Kalk gestreckt werden. Weil nun die Putzarbeiten durch den sehr mageren Kalk erschwert waren, beschwerten sich die Maurer beim Polier. Dieser sagte: „Die Mischung ist noch dieselbe!“ Ich sagte in Gegenwart der Maurer und des Poliers: „Der Kalk wird gestreckt.“ Darauf fuhr der Polier mich schreiend an: „Sie verfluchte Lärche, Sie wollen wohl, daß ich Sie vom Bau jage.“ Darauf sagte ich ihm, daß ich ihn wegen Beleidigung belangen werde. Nach einer halben Stunde kam der Polier wieder zu mir und sagte: „Wir wollen wieder die Alten bleiben“ und er nahm dann die Beleidigung vor den Maurern zurück. Ich meinte es ehrlich, aber der Polier nahm Rache. Sein Ehrenwort hielt er nicht. Bemerkten möchte ich noch besonders, daß er sehr fromm ist. Als ich 1929 wieder um Arbeit anfragte, wurde ich nicht eingestellt. Der Polier ist ein großer Gegner unseres Bundes. Ich wurde nicht eingestellt und einigen Unorganisierten sagte der Polier dann: „Was kommt, wenn man eine große Freise hat!“ So kam es, daß ich im Jahre 1929 keine 26 Wochen zusammenbringen konnte und mit meinen 5 Kindern der Wohlfahrtspflege anheimfalle. Zu danken habe ich dieses dem frommen Polier.“

Olbernhau. In unserer Jahresvertreterversammlung am 2. Februar waren einschließlich Vorstand und Beirat insgesamt 41 Vertreter anwesend. Nachdem der Vorsitzende die Tagesordnung bekanntgegeben, ehrte man die 5 verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Plätzen. Ein Antrag der Zahlstelle Jöblich-Marienbergs, die Vertreterversammlung 4 Wochen vorzuverlegen, wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. — Aus dem Vorstandsbereich ging hervor, daß das zurückliegende Jahr an Arbeit reichhaltig war. Unser Geschäftsführer wies auf die wesentlichsten Punkte des Reichsarbeitsvertrages und des Bezirksarbeitsvertrages hin. Insbesondere hob er hervor, daß die Unternehmer im Olbernhauer Bezirk zwar sogenannte Außenleiter sind, aber doch im Bezirk eine Organisation, die von einem Syndikus geleitet wird, haben. Der Grund der Nichtzugehörigkeit zum Bezirksarbeitsgeberverband soll angeblich darin liegen, daß die Löhne in unserem Gebiet zu hoch seien. Auch sei es ein unhaltbarer Zustand, daß das Nachbargebiet Freiberg-Land zwei Klassen tiefer entlohnt wird. Dem Wunsche der Unternehmer, hier Abänderung zu schaffen, könnte beigetreten werden, aber nicht in dem Sinne, wie sie es wollen, das ganze Wirtschaftsgebiet Olbernhau dem Gebiet Freiberg-Land anzugliedern; sondern umgekehrt, das Gebiet Freiberg-Land muß mindestens nach Klasse 3 entlohnt werden. Jedes Jahr nach Schaffung eines neuen Lohns haben sich die hiesigen Unternehmer abseits des Tarifvertrages gestellt und bis zur Allgemeinverbindlicherklärung Löhne nach Belieben gezahlt. 1927 und 1928 mußten erst Kampfmaßnahmen ergriffen werden, um die Unternehmer zu zwingen, die bezirksarbeitsrechtlichen Sätze zu zahlen. Im verfloffenen Geschäftsjahr wurde von der Geschäftsleitung der Versuch gemacht, auf dem Verhandlungswege die Unternehmer zur Anerkennung der tariflichen Sätze zu veranlassen. Das war gelungen. Am 10. Juni 1929 wurde in einer Verhandlung vereinbart, daß vom 13. Juni 1929 an auf alle die Löhne aller Gruppen 5 % Zuschlag gezahlt wird und vom Tage der Allgemeinverbindlichkeit des Reichsarbeitsvertrages die bezirksarbeitsrechtlichen Sätze gezahlt werden müssen. Diese Vereinbarung wirkte sich dahin aus, daß für die Bauhilfs-, Tiefbauarbeiter und Träger die vollen Sätze des Reichsarbeitsvertrages gezahlt werden mußten. Nur die Maurer blieben 1 % unter dem Reichsarbeitsvertrag. Eine nach dieser Verhandlung abgehaltene gemeinsame Versammlung mit den Zimmerern stimmte dem einstimmig zu. Den Kollegen war durch diese Vereinbarung viel gedient, weil auf Grund der schlechten Arbeitsmöglichkeit an ein Eingreifen mit Kampfmaßnahmen nicht gedacht werden konnte und der Reichsarbeitsvertrag erst im Oktober für allgemeinverbindlich erklärt wurde, wodurch es dann ganz besonders schwer gehalten hätte, die Nachzahlung vom 15. Juli an — wie es die Allgemeinverbindlichkeit vorsah — von den Unternehmern zu erreichen. Die Bauaktivität ist durch den Produktionsrückgang der Spielwaren- und Holzindustrie äußerst schlecht gewesen. So haben wir im verfloffenen Jahr erleben müssen, daß die letzten arbeitslosen Maurer erst nach Pfingsten Beschäftigungsmöglichkeit fanden und wir schon Mitte September die ersten arbeitslosen Maurer hatten. Das wirkt sich auch auf die Bauhilfsarbeiter-Kollegen aus. Die durchschnittliche Beschäftigungszeit der Maurer im Jahre 1929 beträgt rund 24 Wochen, wodurch ein wesentlicher Teil nicht die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erreicht hat. Da nun keine andere Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden ist, befinden sich die Bauarbeiter im oberen Erzgebirge dauernd in Not. Eine kleine Linderung brachte den Tiefbauarbeitern der Bau der Saldenbachstalsperre. Aber auch hier muß immer und immer wieder die Wahrnehmung gemacht werden, daß die Berufskollegen von Berufsfremden verdrängt werden. Erfreulicherweise war es gelungen, die an der Talsperre beschäftigten Arbeiter — soweit sie nicht anders organisiert waren — dem Baugewerksbund zuzuführen. Die Zahl unserer Mitglieder stieg von 833 im vorigen Jahre auf rund 1300 bis zum Tage der Versammlung. Jetzt macht sich eine Stabilisierung der Mitgliederzahl bemerkbar. Von den Neugewonnenen haben nur etwa 30 dem Bunde wieder den Rücken gekehrt. — Der Versuch des Industrieverbandes, Jäckel u. Comp., Chemnitz, beim Talsperrenbau Fuß zu fassen, ist glatt abgefallen worden. Kein Mitglied haben sie dem Baugewerksbund abtrünnig machen können. Ob die Bauaktivität im neuen Geschäftsjahr besser sein wird, ist nicht vorauszuweisen. — Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahme für die Bundeskasse rund 37 165,90 M. betrug, die Ausgabe 21 035,24 M. Mithin wurden an die Bundeskasse abgeführt 16 130,66 M. Die hohen Ausgaben der Bundeskasse finden ihren Grund in der großen Zahl der Unterstufungsempfänger, die im verfloffenen Geschäftsjahr 441 betrug. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 19 346,72 M., die Ausgabe 16 735,36 M., mithin verblieb ein Kassenbestand von 2611,36 M. Das ausgedehnte Organisationsgebiet unserer Baugewerkschaft verursacht große Kosten, um so mehr weil alle Tarifstreitigkeiten sowie ein nicht geringer Teil der Arbeitsgerichtsstreitigkeiten in Freiberg und Chemnitz ausgefochten werden müssen. Aus diesem Grunde war es notwendig, daß der Bundesvorstand der Baugewerkschaft ein

Auto zur Verfügung stellte. Durch das Anwachsen der Mitgliedschaft häuften sich auch die Arbeiten im Büro, weshalb eine weibliche Hilfskraft eingestellt wurde. Der bisherige Vorstand wurde — bis auf den zweiten Vorsitzenden und einem Revisor, die sich nicht wieder zur Wahl gestellt hatten — wiedergewählt. An ihren Stellen wurden gewählt Paul Hübler, Pockau, als 2. Vorsitzender und Erich Müller, Friedebach, als 3. Revisor. — Dem Bericht schloß sich eine rege Aussprache an. Die Tätigkeit der Geschäftsleitung wurde einstimmig gutgeheißen. Von den Anträgen, die eine Änderung der Ortsatzung vorsahen, wurden 3 einstimmig angenommen, die übrigen abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der den Bundesvorstand ersucht, im Kampf um die Gleichstellung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung in dem Sinne weiterzuwirken wie bisher und sich insbesondere dafür einzusetzen, daß der § 95 Ziffer 2 Nr. 5 verschwindet und die §§ 107a bis 107e ebenfalls in Wegfall kommen, wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag, der den Bezirksvorstand ersucht, beim Landesarbeitsamt dahin zu wirken, daß Einreisegesuche ausländischer Bauarbeiter erst dann genehmigt werden sollen, wenn keine inländischen Bauarbeiter mehr vorhanden sind, und ferner bei Entlassungen ausländische vor inländischen Kollegen zu entlassen sind, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Penzlin. Unsere Baugewerkschaft hielt am 26. Januar ihre Generalversammlung ab. Die Kollegen waren zahlreich versammelt. Der Kassierer gab einen Bericht über die Kassenlage unserer Baugewerkschaft. Ihm wurde Entlastung erteilt. Der bisherige Vorstand wurde bis auf eine kleine Abänderung einstimmig wiedergewählt. In diesem Winter soll ein Lichtbildervortrag gehalten werden. In der Aussprache wurde viel über die Lohnklassen gesprochen. Es wäre doch an der Zeit, daß die 2. Lohnklasse verschwindet.

Reutlingen. Am 25. und 26. Januar wurden in unserer Baugewerkschaft Filmvorträge gehalten. Der Werbefilm des Bundes fand sehr aufmerksame Zuhörer. Kollege Guthner, der die Filme vorführte, verstand dies meisterhaft. Auch das Beiprogramm fand Anerkennung. Im Hagelloch wurde der Vortrag im Schulgebäude gehalten. Unsere Mitglieder waren mit ihren Angehörigen restlos erschienen. Das Lokal erwies sich als viel zu klein. Ein Beweis, welchen Anklang die Vorträge bei unseren Mitgliedern finden. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, recht bald wieder derartige Vorträge zu hören, denn nicht nur die Jungen haben die Aufklärung notwendig, sondern auch die Alten.

Zittau. (Jahresbericht.) In unserer Jahresversammlung am 25. Januar wurde zunächst das Andenken der im verfloffenen Geschäftsjahr verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gelehrt. Dann gab Kollege Herrmann den Geschäftsbericht. Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Zittau war im Jahre 1929 selten groß. Mitten im Sommer waren Hunderte von Maurern und Hilfsarbeitern erwerbslos. 140 Kollegen gingen deshalb auf die Wanderschaft. Die starke Arbeitslosigkeit brachte eine Mindereinnahme, so daß der Vermögensbestand unserer Lokalkasse um mehrere tausend Mark gesunken ist. Am verhängnisvollsten aber wirkte sich die Erwerbslosigkeit bei den Kollegen selbst aus. Viele Kollegen konnten die 26 Wochen Arbeit zur Erlangung der Arbeitslosenunterstützung nicht erreichen. Der Organisation neu zugeführt wurden 190 Mitglieder; über 70 Baudelegierte vertreten die Interessen der Baugewerkschaft. Einige Baudelegierte wurden vorzeitig von der Arbeitsstelle weggeschickt, es gelang jedoch, sie durch Gerichtsbeschluss wieder in die Arbeit zu bringen und ihnen zum Ersatz des durch die Entlassung eingebüßten Lohnes zu verhelfen. Von schweren Unglücksfällen blieb unsere Baugewerkschaft im verfloffenen Jahre verschont, jedoch die vereinzelte vorgekommenen leichteren Unfälle mahnen nach wie vor auf den Bauarbeiterschutz zu achten. Der Lohn wurde im vergangenen Jahre für Maurer um 5 %, für Hilfsarbeiter um 4 %, für Tiefbauarbeiter um 5 % erhöht. Lohn- und Ferienklagen waren insgesamt 23 durchzusetzen, dabei wurden 937 M. herausgeholt. — Der Kassenbericht des Kollegen Link zeigte einen Umsatz für Bundes- und Lokalkasse von 141 000 M.; für Unterstufungen wurden 66 723 M. ausgegeben. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Ein Antrag, zu verlangen, daß auch die Bauarbeiter zur Krisenunterstützung zugelassen werden, wurde angenommen. Die Kassiererin für Oberseifersdorf soll wieder beschäftigt werden. Einige Anträge wurden abgelehnt und ein Antrag, daß der Lokalkasse ein Pflichtbeitrag in Höhe von 1 M. je Mitglied zwecks Ausgleichs des Stammkapitals der Bauhilfs- zu leisten ist, abgelehnt. Die Vorstandswahl ergab keine Veränderungen. Vorschläge der Opposition wurden zurückgewiesen; außenstehende politische Gruppen haben kein Recht, in die Versammlungsangelegenheiten einer Gewerkschaft hineinzureden.

Aus den Fachgruppen

Töpfer und Fliesenleger.

Dresden. In der Innungsversammlung der Töpfer- und Ofensehmeister zu Dresden für die Kreishauptmannschaft wurde am 4. April 1928 zwischen Innung und Gesellen-ausschuß eine Vereinbarung über die Haltung von Lehrlingen getroffen. Diese Vereinbarung ist auch dem Lohnarif für die Kreishauptmannschaft Dresden als Anhang beigefügt. Sie regelt die Lehrlingshaltung, die Dauer der Lehrzeit und die Entschädigungsbeihilfen. Die Schaffung dieser Lehrlingsordnung war nötig wegen der planlosen Lehrlingszucht einzelner Provinzmeister, vor allem in Meissen, Riesa und Freiberg. Ein oder zwei Gehilfen oder mal keinen, jedoch bis zu sechs Lehrlinge, das war das Gegebene. Ist nun doch ein Meister wie etwa Herr Wäcke in Freiberg in der Unterrichtung und Erziehung etwas energisch veranlagt, so sind Differenzen zwischen Meister und Lehrling keine Seltenheit. Ohrfeigen sind das beliebte Erziehungsmittel, wobei auch mifunter Hemd und Bluse des Lehrlings in Stücke gehen. Um die Lehrlingsordnung kümmerlich dieser Meister abfolgt nicht. Lehrverträge werden auf volle vier Jahre abgeschlossen und obwohl die Bezahlung mit 5, 8, 10 und 12 M. festgesetzt ist, werden dort die Lehrlinge im vierten Lehrjahr mit 7 M. wöchentlich abgepeißt. Und solche Leute klagen dann noch über die Preisunterbietungen

anderer Geschäfte! Ferner sieht der Lohnsatz für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehre einen Stundenlohn von 1,40 M vor, Mäcke zahlt 0,70 oder 0,80 M die Stunde. Es wird eine Aufgabe des Gesellenausschusses sein müssen, mehr als bisher dieser fortgesetzten Tarifwidrigkeit Aufmerksamkeit zu schenken. Unsere Maurer als Mitglieds-genossen im Baugewerksbund sollten diese Bestrebungen unterstützen.

Halle. Die Fliesenfirma Hans Heckel ist in letzter Zeit immer mehr dazu übergegangen, ihre Arbeiten mit wilden Kolonnen unter Ausschaltung der tariflichen Abmachungen auszuführen. Unser Tarifvertrag wurde im Jahre 1924 nach 18 Wochen Streik erkämpft, in den weiteren Jahren ist er wesentlich verbessert worden. Deshalb mußte jeder Kollege die Pflicht haben, den Vertrag hochzuhalten. Die Firma Heckel hatte in Dürrenberg eine größere Arbeit auszuführen. Um die Auslösung zu sparen und die Akkordlöhne zu drücken, verschrieb sie sich eine Kolonne aus Leimbach (Baugewerkschaft Salzgungen), bestehend aus den Kollegen Valentin Kallenbach, Otto Lieber und Christian Büchner, die, weil sie angeblich auf der Baustelle angekommen waren, ohne Auslösung und nach ihrer eigenen Angabe 35 Pfennig unter dem Akkordpreis arbeiteten. Die Firma Heckel „entschuldig“ ihre Handlung damit, andere Firmen machten es auch so, sie wolle konkurrenzfähig bleiben. Trotz unserer Aufzählung haben sich dann die Kollegen nicht dazu bequemt, die vertraglichen Abmachungen aufrechtzuerhalten. Erst durch den Druck der Halleischen Fliesenleger wurden sie von der Baustelle entfernt. Vielleicht sehen sie das Lohndrückerverhalten jetzt woanders fort, denn der Kollege Christian Schwab in Salzgungen hat sie uns genügend geschildert. Deshalb ersuchen wir sofort um Mitteilung, wo diese Kolonne etwa auftaucht. Diesen Musterkollegen muß mit allen zulässigen Mitteln begreiflich gemacht werden, was organisiertes Kollegium geizt. Außerdem befehlen wir uns vor, den Ausschluß dieser Schädlinge zu beantragen. Die Lohndrückerei muß überall mit aller Schärfe bekämpft werden.

Hamburg. Am 9. Februar tagte hier eine Fliesenlegerkonferenz für Hamburg, Lübeck und Schleswig-Holstein. Der Reichsfachgruppenobmann, Kollege Lot her, gab eine Uebersicht über die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Fliesenlegergewerbe. Die bisherige lokale Regelung ergab ein Auf und Ab in der Entlohnung. Nach und nach durch den Einfluß der Organisation der Arbeitsverträge der Fliesenleger in eine geordnete, einheitliche Bahn geleitet und damit bedeutende Fortschritte erzielt worden. Bezirksverträge konnten fünf abgeschlossen werden. In Bayern hat bisher den Abschluß eines Vertrages die Schmutzkonzurrenz aus Hessen und Thüringen verhindert. Wir müssen danach streben, überall Bezirksverträge zu schaffen und anschließend den Reichstarifvertrag. Auch für Hamburg, Lübeck und Schleswig-Holstein ist ein Bezirksvertrag nötig; obwohl die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschieden sind, wird sich ein Ausgleich herbeiführen lassen, und damit wird man auch überall zu geordneten Verhältnissen kommen. In der Aussprache war man allgemein der Auffassung, einen Bezirksvertrag zu schaffen und dabei die Hamburger Lohn- und Arbeitsverhältnisse als Richtschnur zu nehmen. Die Auslösungssfrage, das Zwischenmeisterystem und die Lohnhöhe sind besonders dabei zu beachten. Der Akkordpreis müsse überall gleich sein. Der Ablauftermin der örtlichen Verträge müsse gleichmäßig in den August verlegt werden. In einem Schlußwort stellte Kollege Lot her die Einmütigkeit, einen Bezirksvertrag zu schaffen, fest. Ein solcher Vertrag wird sich zum Vorteil der Kollegen auswirken. Auf Vorschlag des Bezirksleiters Möller wurde beschlossen, die Vorarbeiten in Angriff zu nehmen; für die jetzt bestehenden Verträge sollen die Ablauftermine in die Zeit vom 1. Juli bis 1. September verlegt werden. In Lübeck und anderen Orten, wo noch vorhanden, soll versucht werden, das Zwischenmeisterystem zu befeitigen. Maurer dürfen nur Fliesenlegerarbeit nach dem Fliesenlegertarif ausführen. Ausgenommen davon sollen sein für die Uebergangszeit die kleineren Arbeiten. Es wurden die Hamburger Kollegen Hagemann, Peuffer und Wendt gewählt, die in Gemeinschaft mit dem Bezirksleiter diese Fragen weiter bearbeiten sollen.

Vom Bau

Folgeschwerer Deckeneinsturz in Berlin-Weißensee. Am 12. Februar ereignete sich in Berlin-Weißensee ein schweres Bauunglück, das neben einigen Verunglückten auch drei Todesopfer forderte. Bei der eingestürzten Decke handelt es sich um eine Steineisendecke, die als frei aufliegende Platte konstruiert und berechnet, mit Tonhohlsteinen, System „Kleine“ (0,25 mal 0,15 mal 0,10) ausgeführt war. Die Deckenspannung betrug etwa 3,20 m und war an der einen Seite auf dem unteren Flansch eines Trägers, an der anderen Seite auf einem Mauerabsatz der Außenmauer aufgelagert. Der Einsturz ist auf eine übermäßige Belastung des Deckensystems mit gefüllten Zementsäcken zurückzuführen. — Da taucht die Frage auf, wer ist verantwortlich zu machen. Natürlich wird man in erster Linie versuchen, den ausschließlichen Mauerpolier zum Sündenbock zu machen. Jedoch muß es einem gesunden Menschenverstand einleuchten, daß es nicht in Frage kommen kann, was behauptet wird, die Bauhilfsarbeiter hätten den Auftrag gehabt, den Zement restlos auf der Unglücksstelle zu lagern. Die Bauhilfsarbeiter waren sicher in dem Glauben, es handele sich hier um eine eingespannte Eisenbetondecke, der man schon etwas zumuten könne. Wie wir in Erfahrung bringen konnten, hatte der Polier die Anweisung gegeben, den angefahrenen Zement im Erdgeschoß zu verteilen. Bekanntlich hat der Polier am Bau wichtigere Aufgaben, als nur das Abladen und Stapeln von Zement zu beaufichtigen. Die mit dem Stapeln des Zements beschäftigten Hilfsarbeiter waren sich bestimmt nicht darüber klar, was entstehen konnte, wenn der Zement auf eine Stelle gesetzt wurde. In erster Linie aber hat die Rohrlegerfirma die Todesopfer auf dem Gewissen. Sie hat verkauft — wozu sie eigentlich verpflichtet gewesen wäre — ihren an einer so großen Baustelle wie die in Weißensee beschäftigten Rohrlegern eine Baubude zu stellen. Statt dessen mußten sich die Rohrleger mit einem Raum — unglücklicherweise mit

dem unter der nun eingestürzten Decke — vorliebnehmen. Die ums Leben gekommenen drei Bauarbeiter sind ein Opfer der grenzenlosen Profitgier einzelner Unternehmer. Dieser Fall muß wiederum ein Hinweis sein, daß alle Bauarbeiter das für sie im Reichstarifvertrag und in den Bezirksstarifverträgen festgelegte Recht auch voll in Anspruch nehmen und entsprechende Maßnahmen von den Unternehmern verlangen. — Zu der Konstruktion der Decke im Erdgeschoß wäre noch zu bemerken, daß sie als teilweise oder ganz eingespannte Platte sicherer gewesen wäre, und die Durchbiegung ebenfalls geringer gewesen wäre. In diesem Fall ist das Deckensystem durch die übermäßige Durchbiegung, hervorgerufen von der Belastung in der Mitte, von seinem winzigen Auflager abgerutscht. Als Beweis dafür, daß das Feld nach der Mitte abgeflacht ist, ist die Tatsache anzusehen, daß noch am Morgen nach dem Unfallsfall die unbeschädigt gebliebene Karbidlampe unter der runtergefallenen Decke an der Brandmauer hing, die den Rohrlegern in der vertragswidrigen Baubude als Beleuchtung diente.

Allgemeine Rundschau

Briefe an die Redaktion. Mit der Veröffentlichung der „Briefe an die Redaktion“ in Nr. 5 des „Grundstein“ haben wir uns den Zorn eines der Gewerkschaftsbewegung fernstehenden kleinstädtischen und intellektuellen Kommunisten aus Berlin-Lichterfelde zugezogen. Mutig — wie Kleinstädter nun einmal sind — griff er zur Feder, schrieb vier Folienseiten voll, um zum Schluß eine intellektuelle Urkundenfälschung dadurch zu begehen, daß er nicht seinen Namen, sondern den Namen eines der in Nr. 5 genannten Briefschreiber darunter setzte. Henry Warbusse, für den er sich einsetzt, hat wahrhaftig keinen Grund, auf diesen mutigen Anhänger, der den Namen eines Offenherzigen mißbraucht, stolz zu sein. Dieser kleinstädtische Kommunist mißbraucht auch den Namen Bebel's, zitiert ihn falsch und zeigt so, daß er auch von der politischen Arbeiterbewegung nichts kennt. Er schimpft drei Seiten lang im Stile der „Rosen Fahne“ und glaubt einen Menschen in Schutz nehmen zu müssen, der gar nicht angegriffen worden ist. Diesen Kleinstädter schicken wir der KPD. Er ist ihrer wert!

„Deutscher Lebenswille“, eine Wanderschau der Reichszentrale für Heimatdienst. In Berlin ist im Gesundheitshaus, Am Urban, vor kurzem eine Ausstellung „Deutscher Lebenswille“ eröffnet worden. Die Ausstellung ist als Wanderschau eingerichtet und soll im Lauf der nächsten Monate ihre Reise durch ganz Deutschland antreten. An 65 großen Tafeln, Bewegungs- und Beleuchtungsmodellen wird ein Querschnitt durch die staatkundlichen Geschichte des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit gezeigt. Man lernt hierbei, daß es in den letzten 10 Jahren gar nicht so faul bestellt war im Staate Dänemark, wie manche glauben. In ihrem ersten Teil berichtet die Ausstellung von der überaus schweren Lage Deutschlands in den Nachkriegsjahren, von den Verlusten an Land, an Vermögen und Kraftsubstanz, von der Last der Kriegskredite, die der Verfallener Vertrag im Gefolge hatte, von der Geldentwertung und ihren katastrophalen Folgen. Sodann wird der Aufstieg gezeigt: Der Wiedereintritt Deutschlands in die Weltpolitik und Weltwirtschaft, die innenpolitische Stabilisierung im neuen Staate, der Kampf der Wirtschaft um allmähliche Gesundung, die Neuordnung der Sozialpolitik, die Fortschritte auf kulturellem Gebiete. Hierbei sind nicht nur die Leistungen des Staates und der übrigen öffentlichen Körperschaften berücksichtigt, sondern auch die Selbsthilfemaßnahmen der einzelnen Stände: Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Genossenschaften, Gewerkschaften und Jugendverbände finden als Mitträger am Wiederaufbau ihre gebührende Würdigung. Nicht nur das Fertige und Anerkannte, sondern auch das Problematische und Unausgereifte ist dargestellt. Man erkennt, welche gewaltigen Leistungen vom deutschen Volk vollbracht worden sind, man sieht aber auch, welche riesenhaften Aufgaben noch erfüllt werden müssen. Insbesondere auf sozialpolitischem Gebiet ist noch vieles zu tun, wie die Ausstellung in einer besonderen Abteilung mit aller Deutlichkeit lehrt. Arbeitsmarkt und Wohnungspolitik liegen noch immer sehr im argen. Die große Wunde am Körper der Republik, die Arbeitslosigkeit, hat trotz unermüdlicher Aufbaubarbeit sich immer noch nicht schließen können. Das kann uns freilich nicht wundern, denn die Arbeitslosigkeit ist zu einem internationalen Problem geworden, dessen Lösung erst durch die Zusammenarbeit aller Völker erreicht werden kann. Diese Zusammenarbeit aber ist ihrerseits an der Reparationspolitik der Siegermächte bisher gescheitert. — Die Wanderschau ist eine neuartige Ergänzung der publizistischen und rednerischen Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst.

Sprachkurse. Anfang März beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Uebungen in Rechtschreibung, Satzzeichenkunde und Sprachlehre; „mir oder mich“, grammatische Schwierigkeiten, Anfertigung von Aufsätzen. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Die Kurse werden im eigenen Heim der Sprachenschule, Berlin W 35, Potsdamer Str. 52, abgehalten. Die Schule ist mit allen neuzeitlichen Hilfsmitteln für den fremdsprachigen Unterricht (Lautapparate, Anschauungstafeln usw.) eingerichtet. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W 35, Potsdamer Straße 52.

Sommerkursus 1930 auf der Volkshochschule Comburg. Vom 23. April bis 8. August 1930 tagt der neue Sommerkursus für Arbeiter und Angestellte. Der Unterricht er-

Büchtlchen Zahlern fällt der Beitrag leicht!
Für die Woche vom 17. bis 23. Februar ist der 8. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

streckt sich auf Wirtschaftskunde, Grundfragen der Politik, Arbeitsrecht; Fragen der Weltanschauung und der Psychologie; Fragen der bildenden Kunst, Dichtung, Musik und Festgestaltung; Uebungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache; Gesundheitsfragen. Das Alter der Bewerber muß mindestens 18 Jahre betragen. Die Kosten betragen 250 M für den Kursus, Unterkunft und Verpflegung. Teil- und Vollfreistellen stehen zur Verfügung. Meldung mit Lebenslauf und Darlegung der geistigen Interessen sind zu richten bis 1. April an die Volkshochschule Comburg bei Schwäbisch Hall.

Neue Aufgaben der englischen Gewerkschaften. Die englischen Gewerkschaften gehen dazu über, eine Arbeiter-sportbewegung ähnlich der deutschen in ganz England zu organisieren. Seit drei Jahren besteht in London eine Sportorganisation der Labour-Party, in der Fußball, Cricket und Leichtathletik gepflegt werden. Präsident dieser Organisation ist der englische Premierminister Macdonald. Auf Anregung der Gewerkschaften ist am 20. Februar in London unter Leitung des englischen Verkehrsministers Morrison eine Konferenz der Londoner Sportorganisationen für die englische Arbeiterbewegung zusammengetreten, um der Bedeutung einer eigenen Sportorganisation für die englische Arbeiter-sportbewegung besonderen Nachdruck zu verleihen. Die schon bestehenden Sportvereine der Labour-Party und Gewerkschaften sollen zu einer Landesorganisation zusammengefaßt und neue Vereine gegründet werden.

Der Zementabsatz im Januar. Wegen der milden Witterung konnte sich der Zementverbrauch im Januar etwas heben; er stellte sich auf 315 000 Tonnen gegenüber 305 000 Tonnen im Dezember 1929. Verglichen mit dem Januar 1929, der wegen ungewöhnlich großer Kälte den Absatz auf 176 000 Tonnen herabdrückte, ist das diesjährige Januar-Ergebnis günstig, obgleich es noch immer hinter dem Januar 1928, dessen Versand 332 000 Tonnen ausmachte, zurückbleibt.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgeschlossen sind entsprechend § 16 der Bundes-satzung vom Bundesvorstand: Willy Hehl, Maurer, Baugewerkschaft Borna, geboren 2. Oktober 1901 in Liebertwolkwitz, eingetretten 1. Januar 1925 (779 008); Willy Strauß, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Gelsenkirchen, geboren 22. Juli 1900 in Königsberg, eingetretten 8. Oktober 1922 (676 624); Willy Schreier, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Großenhain, geboren 22. Februar 1899 in Dresden, eingetretten 20. Juli 1920 (87 450); Gustav Pleschat, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Jnsterburg, geboren 22. März 1893 in Warupönen, eingetretten 1. August 1919 (300 350); Theodor Oldenburg, Pufferträger, Baugewerkschaft Königswusterhausen, geboren 24. Februar 1882 in Lohnten, eingetretten 24. März 1912 (182 183); Alex Stöpper, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Königswusterhausen, geboren 12. Februar 1896 in Groß-Bessen, eingetretten 8. September 1924 (809 178); Kurt Schönherr, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Olbernhau, geboren 31. August 1904, eingetretten 21. Mai 1929 (767 883); Albert Pfänder, Erdarbeiter, zurzeit auf Wanderschaft, geboren in Untertürkheim (553 067); Ernst Lengnick, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Tilsit, geboren 29. September 1898 in Labiau, eingetretten 25. August 1919 (308 989); Otto Wessolowski, Maurer, Baugewerkschaft Tilsit, geboren 25. April 1903 in Labiau, eingetretten 19. August 1922 (358 716); von der Baugewerkschaft Telsin: Paul Müller, Maurer, geboren 21. Mai 1903, eingetretten 13. Dezember 1924 (818 846); Ernst Müller, Maurer, geboren 20. April 1905, eingetretten 13. Juli 1924 (668 482).

Gestohlen wurde das Mitgliedsbuch Nr. 473 382 des Kollegen Otto Renke, geboren 26. Juni 1910, eingetretten 29. September 1927 in Nürnberg; und das Mitgliedsbuch Nr. 852 662 des Kollegen Kurt Rockstroh, Hilfsarbeiter, geboren 16. Juni 1909 in Wilschhaus, eingetretten 26. September 1929 in Olbernhau.

Vom 31. Januar bis 13. Februar haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gesandt: Allenstein 42,40, Aschaffenburg 39,20, Bochum 109, Bockwitz 15, Boizenburg 15, Castellane 1752,50, Diepold 12,65, Driesen 64, Frankenstein 383,05, Hall (Schwäbisch) 94, Jnsterburg 11,10, Jena 12, Kaiserlautern 10, Landsbut i. Bay. 16, Paderborn 346,40, Schönberg 122,60, Schwerin 326,81, Stadoldendorf 600, Steffin 8286,42, Wittenberg 21,95, Wittenberge 16.

Kalender: Annaberg 15, Aschaffenburg 6, Baugen 6, Bochum 120, Berlin 12, Bamberg 180, Buer 90, Eichwege 6, Garz a. Rügen 3, Grönitz 12, Glaucha 6, Greiffenberg i. Schl. 120, Göppingen 18, Jerichow 7,20, Kassel 90, Kreuzburg 15, Klosterlausnitz 9,60, Landsbut i. Bay. 6, Nordhausen 90, Osterode 6, Paderborn 30, Reichenhall 3, Solingen 60, Sprottau 48, Stadoldendorf 15, Stolp 60, Wiffelhövede 2,40, Wpk 6, Zwickau 24.

Protokolle: Osnabrück 23,40.
Buchhüllen: Aue 3, Bremerhaven 15, Freyhan 15, Gollnow 6, Grönitz 1,50, Jnsterburg 37,50, Liegnitz 7,50, Lüneburg 3, Sprottau 6, Sülze 1,50, Zwickau 15.
Markenmappen: Bamberg 12,50, Barth 1,25, Buer 7,50, Weilheim 21.
Verschiedene Schriften: Aue 10, Buer 1,20, Berlin 30, Bremerhaven 3, Hamburg 6, Lüneburg 1,20, Senftenberg 8,40.

Bundesnadeln: Bayreuth 35, Göppingen 5, Gollnow 5, Grönitz 1,25, Küstrin 7, Lüneburg 1,40, Meisdorf 9,20, Rahebuhr 12,50, Sprottau 7,50, Tespe 2,50, Wiffelhövede 2,50, Weilheim 25.
Grundsteineinbände: Weilheim 4.
Bauabend: Altenburg 2, Aue 2, Anklam 2,30, Annaberg 1,80, Bochum 19,50, Bremerhaven 2, Bamberg 11,30, Celle 5, Cottbus 5, Frankfurt a. M. 27, Freiburg i. Schl. 1, Halle 5, Hann.-Münden 28,50, Jnsterburg 10, Karlsrube 36,50, Kassel 12,50, Leipzig 68, Lüneburg 8,80, München 4, Oranienburg 13,10, Osnabrück 9,80, Reichenhall 0,80, Schopfloch 1, Sprottau 2,10, Sülze 2, Thale 3, Wiffelhövede 0,50, Wildeshausen 0,50, Zwickau 2.
Der Bundesvorstand.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Uffenburg. (Göhring.) Hermann Bräutigam, M., 75 J. Robert Funke, Glaser, 63 Jahre alt. Edwin Hertzsch, Maurer, 60 Jahre alt. Augsburg. Josef Huber, Hilfsarbeiter, 61 Jahre alt. Bodum. Ferdinand Wehner, Hilfsarbeiter, 21 Jahre. Coburg. (Schneierfeld.) Karl Dusch, Hilfsarbeiter. Edmund Mannhöfer, Hilfsarbeiter, 30 Jahre alt. Dresden. (Bühlau.) Max Dietze, Maurer, 29 Jahre. (Wachwitz.) Gustav Eger, Maurer, 54 Jahre alt. Hermann Steinert, Hilfsarbeiter, 50 Jahre alt. Gessentitzchen. (Herne.) Bernhard Kallway, M., 67 J. Gleiwitz. (Rösing.) Ernst Kreis, Maurer, 52 Jahre. Görlitz. Karl Haupt, Maurer, 52 Jahre alt. (Sobell.) Herm. Menzel, Maurer, 50 Jahre alt. Emil Schäfer, Maurer, 70 Jahre alt. Jena. (Bürgel.) Reinhold Müller, Maurer, 50 J. Kiel. Bernhard Bruns, Hilfsarbeiter, 40 Jahre alt. Küstlin. Paul Fentz, Maurer, 51 Jahre alt. Landsberg a. d. Warthe. Friedr. Feicht, Hilfsarb., 80 J. Leipzig. Hermann Bormann, Hilfsarbeiter, 75 Jahre. Otto Pezold, Maurer, 56 Jahre alt. Bernhard Weber, Hilfsarbeiter, 68 Jahre alt. Lößau. (Meudorf.) Ludwig Richter, Maurer, 76 J. Magdeburg. (Niederndobeleben.) Fr. Schoff, M., 65 J. Meisdorf. Hinrich Schölermann, Maurer, 57 Jahre. München. (Ott.) Vitus Mehlen, Flechter, 58 Jahre. (Neuhäusen.) Anton Welshofer, Jolierer, 48 J. Neustadt a. d. S. (Landau.) Fr. Hatzendühler, S.-M., 57 J. Neustadt i. Holst. Ernst Barmwater, Maurer, 71 J. Oshah. (Mügel.) Otto Pohle, Töpfer, 57 Jahre. (Dahlen.) Herm. Rische, Maurer, 61 Jahre alt. Steinau a. d. O. Richard Heinze, Maurer, 23 Jahre. Wiesbaden. (Medenbach.) Aug. Pfeifer, Hilfsarb., 35 J. Wittenberg. (Schmieberg.) Herm. Hinneburg, Maurer, 58 Jahre alt. Würzburg. (Heidingsfeld.) Georg Bauer, Erdarbeiter, 48 Jahre alt. Zittau. Richard Hoffmann, Hilfsarbeiter, 51 Jahre. Zwickau. (Planitz.) Max Möckel, Maurer, 49 Jahre. Ehre ihrem Andenken!

Baugewerkschaft Jgheoe.

Vom 1. Februar an befindet sich unser Büro Reichenstr. 49.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter „Grundstein zur Einigkeit“, Sigh Hamburg.

Alle neugewählten und wiedergewählten Ortsvereinsmitglieder sind hiermit gemäß des § 17, Ziffer 5 der Satzung beauftragt. Wegen der Generalversammlung am 10. und 17. Juni 1930 in Magdeburg bitten wir die Ortsvereinsmitglieder, die weiteren Beschlüssen im „Grundstein“ zu beachten. Ferner bitten wir um eine lebhaft und durchgreifende Mitarbeit in den Verwaltungsgeschäften. Werbematerial und Plakate können jederzeit beim Hauptvorstand angefordert werden. Der Vorstand. S. A.: A. Beeg.

Bücher u. Schriften

„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesündliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Str. 137. „Kund um die Ernährung zum ...“ ist das Thema der Februar-Nummer der „Gesundheit“ der an den Schaltern der Krankenkassen kostenlos angebotenen Zeitschrift für gesündliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. „Wie man den Schweiß abwischt und bekämpft“, „Grippe und ihre Verhütung“, „Rheumatismus“, „Bronchialkatarrh“, „Gelenksentzündungen“ sind Einzelthemen. Außerdem enthält die Nummer einen aufschlussreichen Artikel über den „Kaiserpilz“ und seine Vermeidung“ und Dr. Siegel schreibt eine heitere Satire „Wie Peter Hanemann durch Desinfektion vom Sode erreicht wurde“. Alles in allem eine vergnügte und lesende und doch lehrreiche Zeitschrift.

„Freiheits- und Arbeiterliederbuch.“ Zusammengefasst von Aug. Albert. Kartentext 40 J. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Diese Sammlung dürfte allen Anhängern genügen und bei der Arbeiterbewegung und allen freibewusst Denkenden vieler Käufer finden. Das Buchlein ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

„Liebe, Geschlechtsbeziehungen und Geschlechtspolitik.“ Von Frh. Bruppach. Band 67 der Wissenschaftlichen Elementarbücher des Neuen Deutschen Verlages, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. Preis 80 J. Die Schrift des bekannten sozialistischen Arztes Fr. Bruppach geht dahin, seinen Lesern die Angst vor dem „Sündigen“ zu nehmen. Er schreibt lebensfrohe und kampfesfreudige.

„ABC des Arbeiters.“ für Behörden, Parteivertreter, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Nach dem Vorschlag und nach Stichworten geordnete gemeinverständliche Beantwortung der wichtigsten Fragen aus dem Arbeitsrecht von Hans Meyer, Leiter der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts Nürnberg. Verlag: Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. Preis 1,80 M. Es ist zu begrüßen, daß dies kleine handliche und übersichtliche Werkchen erschienen ist. Der Verfasser Hans Meyer, der Leiter der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts Nürnberg, hat alle wichtigen Fragen nach dem Vorschlag zusammengestellt und neben kurzen Erklärungen auch noch Angaben anderer Werte, in denen die einzelnen Fragen festgehalten sind, angefügt. In einem Anhang ist der Wortlaut der wichtigsten Gesetzesbestimmungen abgedruckt.

Die Reherbibel. Waffensammlung für den kämpfenden Freidenker. Von Hugo Efferoth. Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustraße 41. In 10 Heften 5 M. Der durchschlagende Erfolg, den das Buch trotz aller Unquast der Verhältnisse mit seinen früheren vier Auflagen hatte, hat Verlag und Verfasser ermutigt, durch Erweiterung und Vervollständigung des Inhaltes, durch Verichtigung und Ueberholung von Mängeln, die den ersten Auflagen anhaften, durch eine buchtechnische Ausstattung, die dem Geschmack unserer Zeit entspricht, um neuen Stoff in fortgeschrittenen Einzelheften zu veröffentlichen. Es ist nicht die Absicht des Verlages und nicht die des Verfassers, jemandem, der sich noch nicht zu einer freien Weltanschauung durchgerungen hat, zu verlocken. Wohl aber darf gesagt werden, daß das Buch gerade jenen Arbeitern, die abseits der Kirche ihren Weg suchen, wertvolle Anregungen und Wissensergänzungen geben wird.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Verlagsgesellschaft des V.D.G.B., Berlin S 14, Infanteriestraße 6. Diese wissenschaftliche Zeitschrift der deutschen Gewerkschaften ist rasch bemerkt, ihre Leser über alle wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Probleme im In- und Auslande zu unterrichten. Sie ist für den Gewerkschafter unentbehrlich. Jedes Heft ist 64 Seiten stark. Das Vierteljahresabonnement beträgt 3 M.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung Kurt Seinig und Dr. Fr. Schmidt. Monatlich 1 Heft. Vierteljahresabonnement 2 M. Verlag Karl Zwarg, Verlagsgesellschaft, Jena. Der „W.-I.-Dienst“ bringt ständig Querschnitte durch unser Wirtschaftsleben und ist eine beachtenswerte Quelle, sich fehlende Wirtschaftskenntnisse anzueignen.

Einzig und allein:



Mitteilung:

Meine alten Kunden sandten mir im letzten Jahre 900000 Nachbestellungen!

Warum? dieser gewaltige Andrang zu wiederholten Bestellungen? Antwort! naturgemäß nur wegen der Güte der Waren und wegen der niedrigen Preise! Unter riesigen Warenmengen erhielt ich außerdem über 400 kompl. Eisenbahnwagenladungen Webwaren zur Abfertigung der eingegangenen Massenbestellungen im letzten Jahre!

Heute erneuerte Preisherabsetzungen! Gältig nur kurze Zeit.

Table with columns: Nr., Preise per Meter, Breite, Mk. Pf. Lists various fabrics like Baumwollgewebe, Wischtücher, Hemdentuch, etc.

Nachstehend besonders ausprobierte Qualität:

Table with columns: Nr., Preise per Meter, Breite, Mk. Pf. Lists more fabrics like Hemdentuch, Baumwolltuch, Hemdentlanelle, etc.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter, bzw. bis 20 Dtzd. an einen Kunden.

Versand per Nachnahme von Mk. 10.- an. Portofreie Lieferung von Mk. 20.- an.

Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle, einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten, bedeutend billiger als andererseits sind.

10 Prozent Preisermäßigung auf alle Bestellungen über Mk. 20.- Auf besonderen Wunsch, werden an Stelle der 10%, folgende Waren kostenlos abgegeben:

- 1 schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 1 solide, haltbare Schlafdecke oder 6 Meter zurückgesetzte Stoffe.

Josef Witt, Weiden 54, Obp. Eigene mechanische Weberei. - Aeltestes und größtes Spezial-Versandgeschäft der Art Deutschlands.

Korpulenz

ist furchtbar lästig (Schwümmen und Kurzatmigkeit) und gefährlich (Verfestung des Herzens, der Nieren und des Nerven, Asthma, Herzasthenie, Zuckerkrankheit, Bluthochdruck usw.). Auf ungeschickliche Art und verhältnismäßig schnell bewirkt Philippburger Herbaria-Entfettungstee eine gesundheitsfördernde Gewichtsabnahme, ohne unangenehm abzufließen. Dantischreiben: Habe 16 Pfund abgenommen und Ihren Herbaria-Entfettungstee erst 2 1/2 Monate getrunken. Ge. W. G., Sörlinbach. Habe 30 Pfund abgenommen, kann Herbaria-Entfettungstee allen Korpulenten empfehlen. Ge. Fr. H., Feldkirchen.

Aur 6-12 Patete. Patet RM. 5.-. Mögen Sie keinen Kräutertee trinken, oder ist Ihnen eine Durchführung der Kur im Büro, in der Fabrik, auf der Reise usw. unmöglich, dann bestellen Sie unter Angabe des Lebens unsere Herbaria-Kräuterpulver-Kapseln. Jede Kapsel enthält ein feinpulverisiertes Herbaria-Spezial-Kräutermischung. Trinken Sie auf der Originalpackung angegeben. Die Zusammenfassung des Tees ist auf der Originalpackung angegeben. Alleiniger Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg KAH 806 / Baden.

Atembeschwerden

asthmatischen Charakters, Atemnot, Angst, Kurzatmigkeit, keuchender pfeifender Husten usw. wurden schon in sehr vielen Fällen durch unseren krampflösenden, reizmildern, schleimlösenden und auswurffördernden Philippburger Herbaria-Asthma-See wirksam bekämpft. Dantischreiben: Bin 69 Jahre alt und habe seit 4 Jahren ein lästiges und schmerzhaftes Asthma. Alle möglichen Mittel ohne wesentliche Erleichterung versucht. Nahm Herbaria-Asthma-See und nach Verbrauch von 3 Paketen ist mein Leiden fast vollständig verschwunden. Ge. Jakob Stüfel, Westheim/Pfalz.

Hämorrhoiden

sind peinigende Qualen und Folgen zu trügen Stoffwechsels, mangelhafter Blutführung und Blutvermehrung, vernachlässigter Stuhlregulierung, sitzender Lebensweise und Diätfehler. Philippburger Herbaria-Hämorrhoidaltee regt den Stoffwechsel an und scheidet schädliche Stoffe aus, beseitigt damit eine der häufigsten Ursachen von Hämorrhoiden und regt durch gründliche Ausdehnung unbrauchbaren Blutes durch die Jagen. „Goldene Uhr“ für allmähliche Beseitigung der Hämorrhoiden. Dantischreiben: Meine Ehefrau, welche schwer an Hämorrhoiden litt, ist durch diesen See geliebt worden. Ge. Franz Saad, Steffin.

Reellste Bezugsquelle! Neue Gänsefedern Käse. Direkt ab Fabrik. 928 rot. Kugeln M. 3,95. 928 rot. Tafeln M. 3,95. 928 gelb. Brod. M. 3,95. 200 Stück speckige Harzer M. 3,95. 1 rote Kugel u. 100 Harzer 3,95 ab hier Nachn. liefert H. Krogmann, Nortorf (Holst.) 145

Eisen- u. Holz-Betten. Schlafzimmer, Kinderbetten, Polster, Stahlmatratz., Chaisel. a. Private. Rational. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik Sahl (Thür.). Neue Gänsefedern. Wie v. d. Gans gerupft m. Daun, dopp. ger., Pfund 3.-, beste Qualität 3,50; Halbdaunen, gereinigt, 5.-; 3/4 Daunen 6,75; Vollbaunen 9.-, 10,50. Seltene Federn mit Daun, gereinigt, 4.-, 5,25, 6,75, 1a 7,50. Garantie für reelle, staubfreie Ware, ab 5 Pfund portofrei Versand per Nachnahme. Frau A. Wodrich, Gänsefloss, Neutrebbin, (Oberbr.)

1500 Sprechmaschinen. Ausnahme-Verkauf. Goldplatt. Schallplatten. 48. 34. Schutz-Gundlach. Verlangen Sie sofort reichhaltigen Katalog Nr. 8. Teilzahlung gestattet.

Fordern Sie überall Original M. Mosberg. Die beste Kleidung f. Bauhandwerker. Die unerreichbarsten Werkzeuge. Die allbewährten echten Isländer. Stets genau auf Firma und Schutzmarke achten. Wo nicht vertreten, direkter Versand ab Bielefeld. - Preislisten gratis. Firma M. Mosberg, Bielefeld, Jöllenbecker Straße 55

Größt. Ausw. i. Musikinstr. zu herabges. Preisen. Wolf & Comp. Klingenthal. Sr. Kat. ums. v. 10 Mk. an. Nr. 1. Schallplatt. 1,60 Mk.

Das Bundes-Mitgliedsbuch gehört in die Buchtasche. Zu haben bei den Baugewerkschaftsvorständen. Sprechapparate wie Bild 35 Mk. Harmonik. v. 4,80 an. Violin. v. 5.- an. Uhren m. Gar. v. 3,50 an. Photoapp. Stahlwar., Spielwar. usw. in groß. Ausw. u. zu nied. Preis. Ab Fabrik kaufen Sie billiger! Sprechapparate, Gar. best. Werke, von 16 Mk. an. Sprechapparat-Werke u. Zubeh. z. Selbstst. m. Anl. sehr preisw. 5 Jahr. Gar. Auftr. üb. 9 Mk. portofr. Umtausch gest! Kein Risiko. Str. reell. Jährl. etwa 3000 Dankschr.-Gr. Hauptkat. kostenlos. ERNST HESS NACHF. Stammfabrik gegründet 1872 Klingenthal Sa. 921. Erstes und ältest-Musikinstrumenten-Versandgesch.

Wenn Schmerzen Logal Tabletten. Logal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. Laut notarieller Bestätigung anerkennen über 5000 Aerzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Logal. Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apoth. 1,40 Dtz. 0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Maurerhosen. Zweifach, jetzt 6 u. 8,50 Mk. Dreifach, jetzt 13,00 Mk. Viele freiwillige Anerkennungen. Muster gratis u. franko. Herbert Fritsche, Niederoderwitz i. S. Bauhandwerker! Dreifach, jetzt 13,00 Mk. Zweifach, jetzt 9,00 Mk. u. 6,50 Mk. Maurerh. 5 Mk. Isländ. Schwer. 13 Mk. Preis. u. Must. grat. Emil Hohlfeldt, Dresden, Ritterstr. 2-4.

Über 1 Million Kunden. Höchste Qualität. Niedrigste Preise. Trachtarkat. kostenlos. Sigurd Gesellschaft. Kassel 368

15000 Reichsmark in bar für Bestellungen unserer Preisfrage. Auskunft gibt unser neuester Hauptkatalog, den wir Ihnen sofort kostenfrei zusenden. 20000 Dankschreiben beweisen schlagend unsere Leistungsfähigkeit. Versand ab Fabrik. Ziehharmonikas u. Mk. 4,75 an. Signaltrommeln u. Mk. 3,00 an. Violinen u. 7.- an. Trompeten u. 2,75 an. Mandolinen u. 8,95 an. Sprechapparate kompl. u. 12.- an. Gitarren u. 6,50 an. Klappen 25 cm u. Mk. 7,00 an. Sämtliche Katalogzahlungen. Jedes Musikinstrument 8 Tage zur Probe! GROSSTES MUSIKINSTRUMENTENVERSANDGESCHÄFT DEUTSCHLANDS. Meinel & Herold, Klingenthal N° 163. MUSIKINSTRUMENTE, SPRECHAPPARATE UND HARMONIKAFABRIK

Über 1 Million Kunden. Höchste Qualität. Niedrigste Preise. Trachtarkat. kostenlos. Sigurd Gesellschaft. Kassel 368